

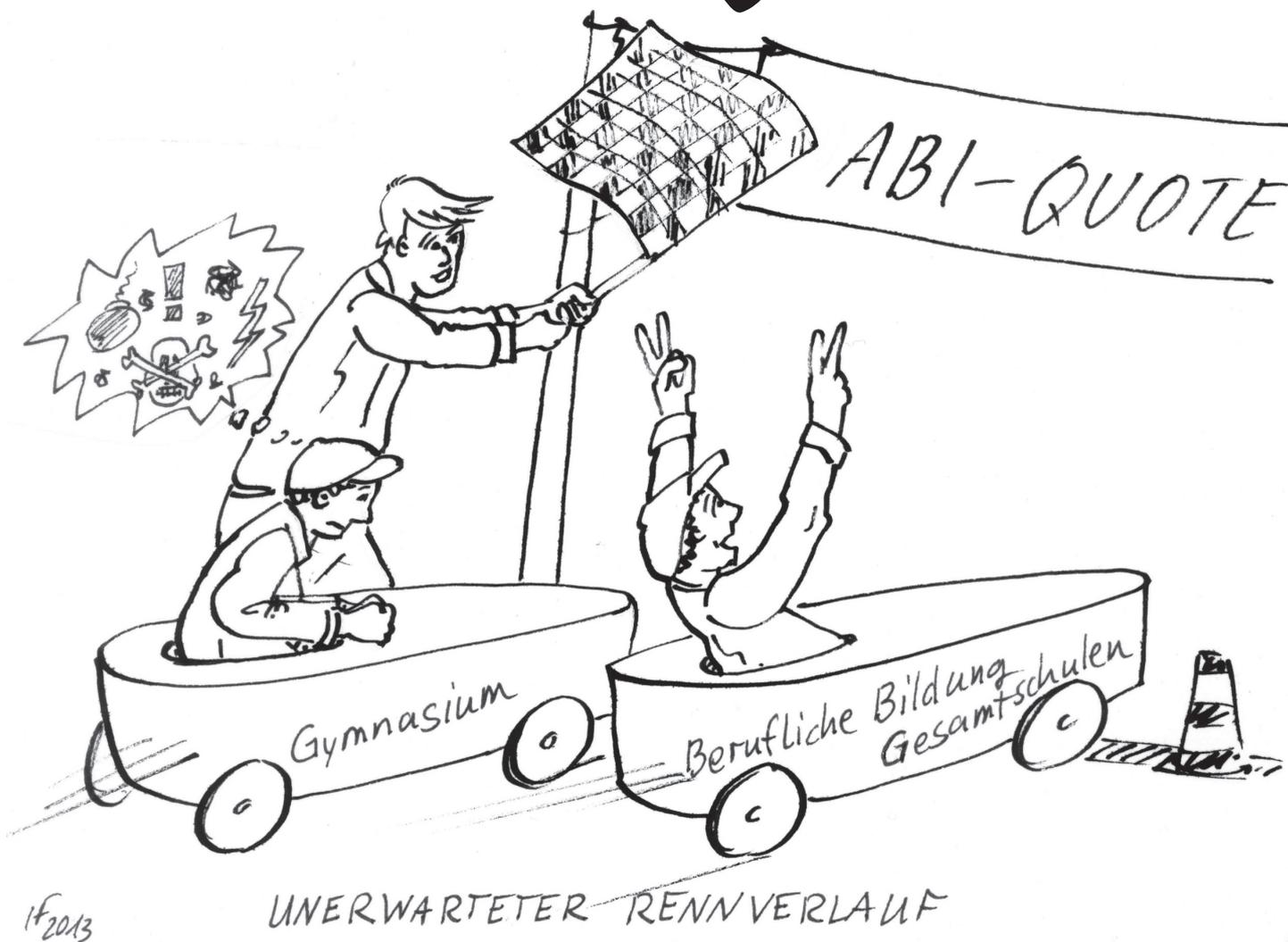
GGG

Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Heft 1/2013



Das Gymnasium – Konkurrenz von allen Seiten

Das Gymnasium hat sein Monopol, zum Studium zu berechtigenden, längst verloren. Mit dem Vordringen der Gemeinschaftsschulen und der Aufwertung der beruflichen Bildung ist seine Vorherrschaft in Gefahr, analysiert Joachim Lohmann.

Seite 4ff

Entwicklungstendenzen zur Schulreform

Im Beitrag von Ursula Helmke werden die Reformentwicklungen in den drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg dargestellt und im Hinblick auf ihre Auswirkung hinsichtlich der Durchlässigkeit nach oben betrachtet.

Seite 7ff

Serie Erich Kästner-Schule, Bochum

Im 16. Beitrag unserer Serie skizzieren Walter Bald und Lothar Sack die Erich Kästner-Schule in Bochum. Sie startete 1971 als eine der zehn ersten Gesamtschulen Nordrhein-Westfalens und ist Trägerin des Deutschen Schulpreises 2012.

Seite 10 ff

Mit Schwung in die Reform ...

Der Föderalismus verhindert nach wie vor einen Grundkonsens über die Schulstruktur. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern müsse deshalb schleunigst aufgehoben werden, fordert Wolfgang Vogel im Kommentar.

Seite 20

INHALT

GGG Aktuell

- Ja, ich kann kompetenzorientiert lernen! 3
GGG-Akademie – Stand der Dinge 4

Thema

- Das Gymnasium – Konkurrenz von
allen Seiten 4
Entwicklungstendenzen zur
Schulreform in den Stadtstaaten 7

Serie Organisationskizzen

- Erich Kästner-Schule Bochum 10

Aus den Ländern

14

GGG-Intern

- Klopstock und Hölderlin – die Elternglosse 19
Termine / Jubiläen 19

Kommentar

20

IMPRESSUM

**GGG-Journal – Heft 1/2013 vom
01. März 2013
ISSN 1868-4963**

36. (44.) Jahrgang

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa
Lohmann, Wolfgang Vogel (Koordination),
Dr. Michael Hüttenberger (v.i.S.d.P.)
Hauptstraße 8, 26427 Stededorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stededorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
Web: www.ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich.
Der Abonnementpreis beträgt jährlich
€ 17,- (einschließlich Versand). Der Ein-
zelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-
Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layoutentwurf: Christa Gramm
Umbruch/Herstellung: Waso Koulis
Korrektorat: Armin Steigenberger
Illustration: Ingrid Freihold
Fotos: Wolfgang Vogel

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.06.2013
Redaktionsschluss: 20.04.2013

... vorab bemerkt

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

meteorologisch beginnt ja mit dem Erscheinen der ersten GGG-Journal-Ausgabe im Jahr der Frühling. Mindestens in Niedersachsen wurden die Frühlingsgefühle schon im Januar ausgelöst, wenigstens bei denjenigen, die auf einen rot-grünen Wahlsieg gehofft hatten. Es war spannend und ging äußerst knapp zu. Besonders den Genossen dürfte ein Stein vom Herzen gefallen sein nach all den Malaisen, die sie sich mit ihrem Kanzlerkandidaten eingebrückt hatten. Doch richtungsweisend war die Wahl allemal, immerhin hat der ausgebouffierte hessische Ministerpräsident flugs seine Landtagswahl mit der Bundestagswahl synchronisiert, möglicherweise in der Hoffnung, seine erzeaktionäre Landespolitik werde so weniger (oder mehr?) bemerkt. Bayern will (noch?) eine Woche früher wählen, mit der „Mir-san-mir“-Haltung hofft die CSU wohl, sich vor dem möglichen Bundesgau die strahlende Freistaatsmacht alleine zu sichern, Leihwähler darf die FDP in Bayern wohl keine erwarten. In allen vier Wahlen des Jahres 2013 ging und geht es um den Fortbestand von Schwarz-Gelb und damit auch um das Ende einer Schulpolitik in den (letzten drei) Bundesländern, in denen es neben der 3-Reingliedrigkeit (noch) nur Gesamtschulen gibt. Also auch hier letzte Schavanengesänge? Oder wankamüdigte Wahlversprechungen? Es bleibt jedenfalls spannend, die Länderberichte in dieser Journalausgabe (die wie immer auf unserer Webseite www.ggg-bund.de zum Downloaden bereit steht), vermitteln schon einen Vorgeschmack.

Ganz ohne Nachgeschmack zieht Ingrid Ahrling *GGG-aktuell* eine ausgesprochen positive Bilanz der Bundesarbeitstagung 2012 in Wiesbaden und berichtet über den Fortschritt in Sachen GGG-Akademie. *Bildungs-politisch* attestiert Joachim Lohmann dem Gymnasium in seinem Beitrag Konkurrenz von allen Seiten, Ursula Helmke betrachtet die Reformentwicklungen in den drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg und analysiert sie im Hinblick auf ihre Auswirkung hinsichtlich der Durchlässigkeit nach oben. Die *Serie Organisationsskizze* geht nach kurzer schöpferischer Pause in die 16. Runde, Walter Bald und Lothar Sack beschreiben die Erich Kästner-Schule in Bochum, die 1971 als eine der zehn ersten Gesamtschulen Nordrhein-Westfalens startete und 2012 den Deutschen Schulpreis erhielt. Eine Pause macht dafür unsere *Serie Unterrichtspraxis* inklusiv.

Auf der *Elternseite*, diesmal nach den Länderberichten, gibt es eine neue Ausgabe der Glosse Klopstock und Hölderlin zu lesen, im *Kommentar* stürzt sich Wolfgang Vogel mit Schwung in die Reformbetrachtungen.

Verbleibt mir nur noch, Ihnen schwungvoll eine informative, frühlingsgefühlte Journallektüre zu wünschen.

Doch, halt, fast hätte ich vergessen, dass sich eine treue und aufmerksame Leserin, Frühling hin, Frühling her, noch mal wie Weihnachten fühlen darf: Margaret Kierney hat mit Bravour das literarische Weihnachtsträsel in der letzten Journalausgabe gewonnen, herzlichen Glückwunsch! Sie darf deshalb einmal kostenfrei GGG-online shoppen gehen. Probieren Sie das doch auch mal. Aber Vorsicht: Auch Shoppen gehen kann Frühlingsgefühle auslösen.

Ihr



Michael Hüttenberger



INGRID AHLRING

Ja, ich kann kompetenzorientiert lernen!

Bericht von der Bundesarbeitstagung in Wiesbaden

Die IGS Kastellstraße in Wiesbaden war Gastgeberin der letzten Bundesarbeitstagung im November 2012. Erst seit wenigen Monaten unter neuer Leitung stemmte die Schule die logistische Anstrengung mit Bravour und die Teilnehmer fühlten sich insgesamt gut aufgehoben und sehr willkommen geheißen. Dass die Teilnehmerzahl hinter unseren Erwartungen und Erfahrungen zurückblieb, war etwas enttäuschend, ist aber möglicherweise mit einer Fehleinschätzung des Themas zu erklären – da der Paradigmenwechsel von der Lernziel- zur Kompetenzorientierung im Moment überall an der Tagesordnung ist und allerorten die Kollegien beschäftigt, rechneten wir mit höchstem Interesse für dies aktuelle Thema. Was die BAG Lernkultur als organisierende Instanz aber wohl nicht bedacht hatte, war, dass es möglicherweise so etwas wie eine Übersättigung mit entsprechenden Angeboten gibt: Fortbildungsinstitute, Schulämter, Gewerkschaft und GGG-Landesverbände haben sich dieses Themas bereits angenommen – da mochte vielleicht manch ein Kollege und manche Kollegin nicht schon wieder eine derartige Veranstaltung besuchen. Schade war es trotzdem, denn das Tagungsangebot war vielfältig und sehr qualifiziert. Von Lerndialogen und Feedback-Varianten über Kompetenzorientierung im Projektunterricht, von Leistungsrückmeldungen, die sich auf Kompetenzen beziehen, bis hin zu konkreten Beispielen aus verschiedenen Fächern, von der Vorstellung ganzer kompetenzorientierter Curricula bis hin zu Eltern-AGs reichte das inhaltliche Spektrum. Den größten Zulauf hatte eine AG der Erich

Kästner Schule aus Hamburg, die ihr System der prozessbegleitenden Rückmeldungen und eine ganz neue Form der Zeugnisse vorstellte. Das Interesse daran war riesengroß und zeigt, dass es bereits viele Schulen gibt, die nach Formen suchen, sowohl die Dinosaurier-Leistungsrückmeldung mit Ziffernnoten als auch die sehr arbeitsamen und umfänglichen (aber wohl auch für viele



Rege Beteiligung bei der Bundesarbeitstagung in Wiesbaden

Eltern schwer lesbaren) verbalen Lernentwicklungsberichte durch eine zeitgemäße, die erworbenen Kompetenzen beschreibende Form der Rückmeldung zu ersetzen. Die Evaluation am Ende der Tagung machte deutlich, dass die Teilnehmer/innen überwiegend zufrieden waren – es gab nur geringe Rückmeldungen im Minus-Bereich.

Etwas weniger positiv fiel die Rückmeldung über den Plenar-Vortrag aus. Frau Prof. Asbrand von der Uni Frankfurt hatte leider absagen müssen und ihr Stellvertreter war offenbar weder besonders „fit“ in der Vortragstechnik und Foliengestaltung noch wurde das Publikum adäquat eingeschätzt. Das ist umso bedauerlicher, als durch eine solche Theorieelastigkeit alte Vorurteile von „Praktikern“ über „Theoretiker“ wieder Nahrung

erhielten. Dabei hatten wir doch in den letzten Jahren viele positive Gegenbeispiele – ich erinnere nur an den Vortrag auf dem Bundeskongress in Hildesheim. Da der Vortrag am Ende der Tagung platziert war, blieb so auch ein bisschen Unbehagen zurück. Das war schade, denn die Atmosphäre war ansonsten durchweg heiter und positiv, die etwas geringere Teilnehmerzahl fiel in der kuschligen Mensa der Schule nicht auf – im Gegenteil, es herrschte erwartungsvolle Enge – und viele Teilnehmer/innen fuhren mit neuen Erkenntnissen und (wie immer) wiederbelebten Freundschaften nach Hause.

Bericht von der Mitgliederversammlung

Die MV stand im Wesentlichen unter dem Eindruck des Rechenschaftsberichts des Bundesvorstandes. Hier wurde zentral darauf hingewiesen, dass die Zweigliedrigkeit des Schulwesens in der BRD zunehmend voranschreitet – was bei allen Bedenken jedoch z. B. in Bremen dazu geführt hat, dass künftig 80 % der Schüler/innen integrierte Systeme besuchen. Die BAG Zukunft hat sich lange mit Strategien vor allem der Mitgliederakquise beschäftigt und dazu ein umfangreiches Papier vorgelegt. Werner Kerski stellte die Ergebnisse der Arbeit vor. Die GGG möchte sich einerseits vor allem im Hinblick auf die vielen Veränderungen im Schulwesen künftig stärker als Service-Leister für Fortbildungen, Prozessbegleitungen, Veränderungen und Unterstützung begreifen, andererseits aber auch neu gegründete Schulen gezielt ansprechen und auffordern, von unserem Knowhow zu profitieren und einzutreten. In NRW sind z. B. bereits 20 neue Schulen der GGG beigetreten. Die Aussicht, in den ersten zwei Jahren beitragsfrei die Mitgliedschaft genießen zu können, hat diesen Prozess offenbar sehr begünstigt. Von der BAG Lernkultur wurde die Idee der GGG-Akademie (vgl. Journal 4/2012) vorgestellt. Die Reisen nach Beatenberg (GGG Hessen) gehören zur Erfolgsgeschichte der GGG und werden auch weiterhin angeboten. Anträge lagen nicht vor; der Vorstand wurde entlastet. ♦

INGRID AHLRING

GGG Akademie – Stand der Dinge

Nach Diskussionen im Hauptausschuss und der BAG Zukunft hat der Bundesvorstand im Vorfeld der Novembertagung die Länder zur Akademie befragt. Mit Ausnahme von Hessen gab es keine ablehnenden Äußerungen zur vorgestellten Idee. Auch auf der Mitgliederversammlung in Wiesbaden wurden keine Gegenstimmen laut. Also hat sich der Bundesvorstand im Januar mit weiteren organisatorischen und logistischen Überlegungen beschäftigt und hat Fragen des Arbeitsaufwands und der Arbeitsteilung in den Blick genommen. Die Vorstellungen wurden weiter konkretisiert, wir sind sicher, dass ein sehr professionelles Angebot daraus entstehen kann. Auf den Artikel in der letzten Nummer des GGG-Journals hin ha-

ben sich mehrere Interessent/inn/en gemeldet, die gerne auch als Referent/inn/en für Vorträge, Fortbildungen und/oder Workshops zur Verfügung stehen möchten. Die Einschätzung, dass vor allem auch „frisch pensionierte“ Schulleiter/innen, Funktionsträger/innen sowie Lehrkräfte mit entsprechender Erfahrung hier ein „entschleunigteres“ Betätigungsfeld finden könnten, bei dem ihre Kompetenz und ihr Knowhow weiterhin gefragt sind, hat sich durchaus bewahrheitet.

Die BAG Lernkultur wird auf ihrer Tagung im Februar darüber nachdenken, wie für die Referenten ein professioneller Rahmen gefunden werden kann, der auch die



„Corporate Identity“ der GGG transportiert. Nach der offiziellen Abstimmung im Hauptausschuss im März werden wir einen entsprechenden Web-Auftritt erarbeiten und uns verstärkt an die Vorbereitung der Referenten- und Hospitationsangebote machen.

Allen Personen, die sich bisher zur Mitarbeit bereit erklärt haben, sei an dieser Stellen nochmals gedankt – wir werden Ende März/Anfang April mit konkreten Vorschlägen auf Euch/Sie zukommen. Weitere Interessenten melden sich gerne unter ingridahlring@ggg-bund.de. Wir freuen uns! ♦



JOACHIM LOHMANN

Das Gymnasium – Konkurrenz von allen Seiten

Das Gymnasium hat sein Monopol, zum Studium zu berechtigen, längst verloren. Jetzt ist sogar seine Vorherrschaft in Gefahr. Mit dem Vordringen der Gemeinschaftsschule¹ und mit der Aufwertung der beruflichen Bildung erhält das Gymnasium Konkurrenz von allen Bildungsgängen der Sekundarstufe I wie II.

Nur noch die Hälfte der Abiturient/inn/en kommt vom Gymnasium

Einige Politiker wie Wissenschaftler bezeichnen das Gymnasium als die erfolgreichste Schulform: So habe die Gymnasialquote in der 8. Klassenstufe 2010 mit gut 36% einen neuen Höhepunkt erreicht. Politisch hätten sich die Gymnasien fast ausnahmslos gegen die Konkurrenz der Gesamtschulen behauptet

und hätten in Hamburg – im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern – eine Verlängerung der Grundschulzeit abgewehrt.

Die Bewunderer übersehen die Schwächen des Gymnasiums. Noch Ende des letzten Jahrhunderts hatten gut 60% der Jugendlichen ihre Hochschulreife am Gymnasium erworben. Im Jahre 2010 sind es – trotz der doppelten Abiturjahrgänge – nur noch etwas über 50%. Die Abiturient/innenquote des Gymnasiums stieg viel langsamer als die Quote der Hochschulreife insgesamt. Statt 37% zur Jahrhundertwende beträgt sie jetzt 50% eines Jahrganges, ohne dass sich die Anteile von Fachhochschul- und Allgemeiner Hochschulreife verschoben hätten.

Die gestiegene Quote geht nicht auf den Ausbau der Gemeinschaftsschule zurück,

ihr Anteil an den Abiturient/inn/en lag im letzten Jahrzehnt bei rund 5%. Es sind die beruflichen Bildungswege, die seit der Jahrhundertwende deutlich ausgebaut wurden. Gegenüber 1999 erwarben 2010 an den allgemeinbildenden Schulen knapp 20% mehr Jugendliche das Abitur und an den beruflichen Schulen 70%.

Die stärkste Konkurrenz der Gymnasien sind die studienorientierten beruflichen Schulen – am deutlichsten die Fachoberschule, sodann das Fachgymnasium. Hinzu kommen in jüngster Zeit die Berufsoberschulen mit einem geringen, aber stark steigenden Anteil. Zusammen stellen die studienorientierten beruflichen Schulen fast 25% aller Abiturient/inn/en.

Der Weg über die schulische und duale Berufsausbildung ist noch schmal, 2010 schafften ihn noch keine 15%. Führend

sind die (berufsqualifizierenden) Berufsfachschulen mit steigendem Anteil, demgegenüber bleibt der Beitrag der Fachschule gering und stagniert.

Den fast dramatischen Verlust seiner Exklusivität hat das Gymnasium fast lautlos hingenommen. Mehr Gleichheit ließ sich durchsetzen, weil den Gymnasialanhängern nicht ihre Privilegien genommen wurden und ihnen die politische Unterstützung fehlte, denn die Bildungspolitik fast aller Schattierungen hatte in der Aufwertung der beruflichen Bildung eine Alternative gesehen, eine Strukturreform des vertikalen Schulaufbaus zu vermeiden. Die Gymnasialanhänger beruhigten sich zudem damit, dass dem Gymnasium ja die dominante Stellung bei der Allgemeinen Hochschulreife und beim Zugang zur Universität erhalten bliebe. Doch das Bologna-Abkommen führte mit den Abschlüssen von Bachelor und Master zu gleichwertigen Studiengängen an Fachhochschulen und Universitäten. Somit schrumpft auch der Unterschied zwischen Fachhochschul- und Allgemeiner Hochschulreife, und die Exklusivität des Gymnasiums bei der Hochschulreife ging verloren.

In der Sekundarstufe I werden alle Schulen „gymnasial“

Die Gymnasiast/innen werden nicht einmal die Mehrheit unter den Student/innen stellen. Die Politik kommt an einer Reform nicht vorbei. Zu viele Veränderungen sprechen dafür: Der Aufstiegswille der Eltern, der Qualifikationsbedarf der Wirtschaft, der Qualifikationsrahmen der EU und dann noch der PISA-Schock. Die Verständigung der Kultusminister, trotz PISA die Sekundarstufe I nicht strukturell zu reformieren, brach zusammen.

Inzwischen existieren drei Schulsysteme in Deutschland:

- Das dreigliedrige Selektionssystem in Konkurrenz mit der Gemeinschaftsschule existiert nur noch in fünf Ländern. Zwei der Länder – Hessen und Niedersachsen – beginnen mit der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zu einer

Zweigliedrigkeit. Zwei weitere Länder – Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen – forcieren den Ausbau der Gemeinschaftsschule. Statt Haupt- und Realschule kommt es längerfristig zur Konkurrenz zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule. Nur Bayern schert aus.

- Das zweigliedrige Selektionssystem mit der konkurrierenden Gemeinschaftsschule besteht in den 5 neuen Ländern, davon baut Thüringen die Gemeinschaftsschule kräftig aus und Sachsen-Anhalt plant dafür die rechtlichen Voraussetzungen.
- Das selektive Gymnasium in Konkurrenz mit der Gemeinschaftsschule besteht inzwischen in 6 Ländern – in den 3 Stadtstaaten sowie in Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Das drei- wie zweigliedrige Selektionssystem wird damit Geschichte zugunsten eines Konkurrenzsystems zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule. Damit wird die Zahl der nicht-gymnasialen Abiturient/innen deutlich steigen.

Alle Bildungsgänge der Sekundarstufe II berechtigen zum Studium

Eine fast revolutionäre Veränderung erfährt die Sekundarstufe II: der deutsche Sonderweg – die starre Trennung zwischen der pragmatischen Berufsausbildung und der allseitigen, zweckfreien, persönlichkeitsbildenden Allgemeinbildung – wird überwunden. Lange war die Berufs- von der Allgemeinbildung ohne jede Durchlässigkeit abgeschottet. Berufsbildende Abschlüsse berechtigten nicht zum Hochschulbesuch. Westdeutschland verlangte das Nachholen der Allgemeinbildung – im Abend-Gymnasium, im Kolleg und später in Kurzform an Fach- und Berufsoberschulen.

Von kleinen Schritten abgesehen kommt der Umbruch erst mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen von 2008. Die EU will mit der gegenseitigen Anerkennung der

Abschlüsse den europäischen Arbeitsmarkt mobiler machen. Gleichzeitig will sie mit der größeren Durchlässigkeit die berufliche Qualifikation steigern. Der Qualifikationsrahmen ist eingliedrig, d. h., er trennt nicht zwischen Berufs- und Allgemeinbildung. In die 8 Stufen sollen die nationalen Qualifikationsrahmen alle Abschlüsse und Berechtigungen einordnen. Jeder Abschluss in einer Stufe soll zum Besuch der nächsthöheren Stufe berechtigen, wie es zumeist schon in den europäischen Staaten geregelt ist.

2009 kam die KMK der EU und dem Druck von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen etwas entgegen. So beinhalten Fachschulabschlüsse die Allgemeine Hochschulreife. Eine fachgebundene Studienberechtigung erhält man mit einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung plus dreijähriger Praxis und einer zusätzlichen Eignungsfeststellung. Bei der weiteren Umsetzung des Europäischen in den Deutschen Qualifikationsrahmen kam es zum Streit: Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen, Bundes- und Landesvertreter/innen im Bundesinstitut für Berufsbildung verlangten, allgemeine Hochschulreife und duale Berufsausbildung gleichzustellen. Die KMK war dagegen, sie wollte die Allgemeine Hochschulreife wie den Abschluss eines zweijährigen Hochschulstudienganges bewerten. Der Kompromiss von 2011 klammert die allgemeinbildenden Abschlüsse aus. Dennoch: der Abschluss einer mindestens dreijährigen schulischen oder dualen Berufsausbildung entspricht nun der Studienberechtigung in der EU. Der Deutsche Qualifikationsrahmen soll weder die bestehenden Zugangs- noch die Besoldungsregelungen ersetzen. Trotz allem, die Abschottung der Allgemeinbildung von der Berufsausbildung ist gefallen und die Gleichwertigkeit wird kommen; die Frage ist einzig, wann.

Damit bekommen künftig alle Jugendlichen wie Erwachsenen mit abgeschlossener Berufsausbildung ohne Einschränkung – und schon jetzt mit zusätzlicher Praxis – die Studienberechtigung – das sind 85 % eines Jahrganges. Die/der Gymnasiast/in wird zur Minderheit unter den Student/innen werden.

Auch das gymnasiale Bildungsideal erhält Konkurrenz

Mit dem Aufstieg der Berufsausbildung verliert auch das gymnasiale Bildungsideal seine Exklusivität. Neben die allseitige, zweckfreie Persönlichkeitsbildung tritt jetzt die pragmatische, berufsbezogene Profilbildung. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um alle Eltern und Schüler/innen für einen qualifizierten Bildungsgang zu gewinnen. Eltern wollen für ihre Kinder vor allem berufliche Sicherheit und beruflichen Aufstieg sicherstellen und viele Jugendliche brauchen den Praxisbezug und ein motivierendes Ziel.

Skeptiker befürchten einen Leistungsabfall an den Hochschulen. Eine umfassende, international vergleichende Studie dazu fehlt. Die PISA-Daten belegen, dass je mehr Jugendliche in einem Staat die Hochschulreife erwerben, umso höher sind nicht nur die durchschnittlichen Leistungen der 15-Jährigen, sondern es verringert sich auch der Anteil der Risikogruppe und vermehrt den der Spitzengruppe.²

In Baden-Württemberg hat TOSCA die 13-Klässler/innen der Fachgymnasien und Gymnasien in Englisch und Mathematik verglichen. In Englisch liegen die Fachgymnasiasten zurück und noch stärker in Mathematik. In Englisch ist dies fast unabhängig vom Fachgymnasialzweig, in Mathematik differiert er stark, beim Technischen Gymnasium ist er mehr als geringfügig, und bei den sozialwissenschaftlichen Zweigen erheblich. Berücksichtigt man den Ausgangsstand – die unterschiedlichen Zensuren und die schulische Herkunft der Jugendlichen am Ende der 10. Klasse –, dann werden die Unterschiede geringer. Die Verfasser der Studie vermuten, dass die Differenzen noch geringer würden, hätte man die Leistungen im 10. Schuljahr erfassen können.³ Insgesamt starten also die Jugendlichen an den Fachgymnasien mit schwächeren Leistungen, sie holen den Leistungsabstand nicht auf, aber ihr Leistungszuwachs unterscheidet sich kaum von dem der Gymnasiasten.

Viel wichtiger ist, dass die Fachgymnasiast/innen trotz der schwächeren Ausgangslage keinesfalls schlechter auf das Studium vorbereitet sind. Signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen gibt es nicht sehr häufig, wenn aber, dann schneiden die Fachgymnasiasten fast ausnahmslos besser ab. Analysiert wurde, wie die Jugendlichen mit Informationen umgehen, Bibliotheken und PC nutzen, Referate und Protokolle schreiben und Experimente planen. Noch entscheidender ist, dass sich die Fachgymnasiasten aller Zweige deutlich besser als die Gymnasiasten auf das Studium und die Wahl des Studienganges vorbereitet halten.⁴

Das pragmatische Bildungsverständnis mit seiner Praxis- und Berufsnähe sowie seiner Profilbildung erweist sich der allseitigen, zweckfreien Bildung des Gymnasiums überlegen. Bei der schulischen wie dualen Berufsausbildung liegen für Deutschland keine Erkenntnisse vor. In vielen Staaten ist aber auch die Berufsausbildung zu einem klaren Konkurrenten des Gymnasiums beim Hochschulstudium geworden.

Das Gymnasium – Anpassung oder Exklusivität?

Die Konkurrenz von allen Seiten wird zu keiner einheitlichen Strategie der Gymnasien führen. Der Philologenverband wird sich gegen die zunehmende Gleichrangigkeit der Bildungsgänge in der Sekundarstufe I und II wehren. Eine konstruktive Strategie ist von ihm nicht zu erwarten. Sie wird das je einzelne Gymnasium entwickeln, das seine Existenz bei zurückgehenden Schülerzahlen sichern will. Einige Gymnasien werden die Nachfrage nach elitärer Bildung fördern und befriedigen. Es existiert aber auch eine Nachfrage nach einem humanen Gymnasium, das die Jugend nicht der Zukunft opfert. Die Tendenz dahin ist umso stärker, je angesehener die Gemeinschaftsschule ist. Eine Konvergenz der Konkurrenzsysteme kommt jedoch weder in der Sekundarstufe I noch Sekundarstufe II von allein, sie braucht die Vorgaben der Politik.

Die Gemeinschaftsschule kommt bei der Sekundarstufe II in Konflikt

Auch die Gemeinschaftsschule wird durch die Reformen der Sekundarstufe II herausgefordert. Das gilt nicht für das pragmatische Bildungsverständnis, bei dem die Gemeinschaftsschule mit ihrem Gesellschafts- und Berufsbezug bei Fächern, Inhalten, Methoden und Medien und Lernorten sehr häufig Vorbild ist; auch nicht für die Profilbildung, die in der Gemeinschaftsschulen schon in der Sekundarstufe I ansetzt. Das Problem ist die Konkurrenz in der Sekundarstufe II. Da eine konzeptionelle Neuordnung auf absehbare Zeit nicht in Sicht ist, bahnt sich ein Konflikt zwischen den Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Bildungsgängen an. Die Gemeinschaftsschulen setzen wegen der Konkurrenz zum Gymnasium, wo immer es geht, auf eine eigene gymnasiale Oberstufe. Die beruflichen Bildungsgänge, vor allem die Fachgymnasien und die Fachoberschulen, fürchten um ihre Existenz. Die Gemeinschaftsschulen sollten den Konflikt entschärfen: Wo keine eigene gymnasiale Oberstufe möglich ist, sollte nicht nur eine Kooperation mit anderen Gemeinschaftsschulen, sondern auch mit Fachgymnasien vorgesehen werden. Ein Vertrag sollte die prüfungslose Versetzung in das Fachgymnasium rechtlich absichern.

Die auf Zeit bestehende Konkurrenz in der Sekundarstufe II könnte produktiv werden, wenn alle Bildungsangebote darum konkurrieren, alle Jugendlichen bestmöglich zu fördern, bis es auch zu einer gemeinsamen berufs- wie hochschulpropädeutischen Sekundarstufe II kommt. ◆

Anmerkungen

- 1 Da fast jedes Bundesland auf einer eigenen Bezeichnung für die gemeinsame Schule für alle besteht, wird sie im Folgenden Gemeinschaftsschule genannt.
- 2 J. Lohmann, Gemeinsam lernen – kein Einwand stichhaltig, 2012, www.ggg-bund.de/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=221&Itemid=124
- 3 O. Köller u. a., Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg Opladen 2004, S. 250 ff. sowie S. 316 f.
- 4 A. a. O., S. 342 ff.

URSULA HELMKE

Entwicklungstendenzen zur Schulreform in den Stadtstaaten

Seit Kurzem steht die jüngste Bertelsmann-Studie Schulformwechsel in Deutschland, erarbeitet von Gabriele Bellenberg, im Fokus der öffentlichen Schulreformdebatte. Auf der Datenbasis von 2010/2011 wird die Durchlässigkeit bzw. Selektivität aller Schulsysteme der 16 Bundesländer thematisiert und den jüngsten Veränderungen der schulischen Strukturen sowie den zugehörigen Regelungen des Übergangs bei Schulformwechseln gegenübergestellt und diskutiert. Das Fazit lautet, dass es zwar viel Bewegung in der Schulstrukturentwicklung gibt, aber „aus der Vielfalt der Schulsysteme in den Bundesländern bisher keine Schulstruktur als klarer Favorit in Bezug auf Durchlässigkeit und Aufstieg hervorgeht“¹ – wie mehr oder weniger weit sie sich auch von dem traditionell gegliederten deutschen Schulsystem entfernt haben. Das bestürzendste – aber nicht mehr überraschende – Ergebnis ist, dass die hoch überwindende Zahl der Schulformwechsel durch Abstufung von Schüler/innen ausgelöst wird (jedenfalls bisher wurde), d. h. in der Regel mit Beschämung der Betroffenen einhergehend. Im Schuljahr 2010/2011 waren es rund 98.500 (!), das sind 58,4% Absteiger im Verhältnis zu nur 27,4% Aufsteigern und 14,1% sogenannten „Umsteigern“, die die Schule wechselten, aber nicht die Anspruchshöhe des Bildungsgangs. In diesen Prozessen lassen sich gleichwohl interessante Unterschiede ausmachen und den bisherigen Strategielinien in der Reformdebatte zuordnen.

In diesem Beitrag sollen nun vornehmlich die referierten Entwicklungen aus den drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg berichtet und im Rahmen der dort stattgefundenen Strukturveränderungen betrachtet werden. Übereinstimmendes Merkmal für alle drei ist: Es gibt keine Empfehlungen und Neuaufnahmen für die Bildungsgänge Haupt- und Realschule mehr, so dass sie auslaufen. Auf dem Weg zu einem zwei-

gliedrigen Schulsystem bilden diese beiden bisherigen Bildungsgänge bzw. Schularten zusammen mit der Integrierten Gesamtschule bzw. den anders benannten integrativen und/oder additiven Systemen die zweite Säule neben dem Gymnasium, die inhaltlich in einer Art ausgestaltet wird, dass sie die Nachrangigkeit zum Gymnasium verliert, z. B. durch die Möglichkeit, auch hier das Abitur zu erreichen und die verschiedenen Möglichkeiten der Fremdsprachwahl. Alle drei Stadtstaaten befinden sich gleichermaßen auf dem Weg zu solch einem zweigliedrigen Schulsystem.

1. Berlin

Berlin sticht unter den Schulkennzahlen bis zum Erhebungsjahr 2010/11 der o. a. Untersuchung durch eine hohe Absteigerquote hervor, die im Verhältnis von Auf- zu Abstieg im Schulsystem 1:6,9 beträgt. Gründe dafür können dem Bericht nicht entnommen werden; aber sowohl die Schulstruktur wie auch das spezifische Aspirationsverhalten der Eltern und die Selektionspraxis der Schulen bzw. ihre Förderkompetenz stehen zur Debatte. Die in Berlin traditionell 6-jährige Grundschule entlässt ihre Schüler/innen seit dem Schuljahr 2011/ 2012 mit einer notenabhängigen Förderprognose in den Jahrgang 7 des Gymnasiums oder der neuen Integrierten Sekundarschule, die außer der Haupt- und Realschule auch die Integrierte Gesamtschule einschließt und in der Regel eine eigene Oberstufe führt – oder mit einer nahegelegenen kooperiert. Als „Pilotversuch“ unter wissenschaftlicher Begleitung gibt es seit 2009 und weiterhin außerdem die Gemeinschaftsschule. Die Eltern sind bei der Schulwahl für ihre Kinder nicht an eine Empfehlung der Grundschule gebunden. Ein Übergang ins Gymnasium ist ausnahmsweise auch schon nach dem Abschluss der 4. (!) Klasse möglich, der al-

lerdings nur geringfügig beschränkt wird. Nach jedem Übergang ins Gymnasium ist das erste Jahr ein Probejahr, und nur im Gymnasium (immer G8) gilt weiterhin die jährliche Versetzungsentscheidung, während es in der Integrierten Sekundarschule weder Probezeit noch Klassenwiederholungen gibt. Allerdings – und das muss mit Bedauern konstatiert werden – lässt die Aufnahmeverordnung bei Schulen mit Übernachtungsfrage zu, dass „bei einem Zensurenschnitt über 2,3 Kinder nicht mehr aufgenommen“² werden müssen. Der Landesverband der GGG hat darauf mit einer Protestnote reagiert, denn durch diese Beschränkung zieht in die *Schule für alle Kinder* wiederum eine Leistungs- bzw. soziale Selektion ein, die Schulen mit „homogenisierter“ Schülerschaft hervorbringt, da die Schulen mit noch freiem Platzangebot die weniger angesehenen oder/und die in belastenderem Milieu befindlichen sein werden. Und die Gewichtung von Zensuren nimmt bereits in der Grundschule erneut zu.

In den integrierten Schulen können durch die jeweiligen Versetzungsordnungen am Ende der Klasse 9 ein erster Abschluss (Berufsbildungsreife BB) und verbunden mit einer zentralen Prüfung die erweiterte Berufsbildungsreife (eBB) erworben werden. Der Mittlere Schulabschluss ist mit Klasse 10 und einer zentralen Abschlussprüfung sowie einer Präsentationsprüfung zu erlangen. In beiden Schularten kann das Abitur abgelegt werden, in der integrierten Schule nach 13 Jahren – bei entsprechenden Leistungen wie im Gymnasium auch nach 12 Jahren. Durch Anwahl der Schulen wurden im 7. Jahrgang 2010/11 etwa 46,8% der Schüler/innen im Gymnasium und 45,8% in den Integrierten Sekundarschulen aufgenommen. Daneben existieren weiterhin „Förderschulen“ verschiedener Richtungen, die z. Z. pro Jahrgang von etwa 3% aller Schüler/innen besucht werden.

Insgesamt wird eine relativ hohe Selektivität bis zum Reformjahr 2010 berichtet, die z. T. doppelt so hoch war wie der Durchschnitt der übrigen Bundesländer. Sie wird durch

die Möglichkeit zu frühzeitigen Schulabgängen weiterhin beibehalten. Auch für den Schuljahreswechsel 2011/12 wurden schon im Voraus 1.000 Schüler/innen als „Rückläufer“ aus den Gymnasien angekündigt³. Wenn die Forderung der GGG- und GEW-Mitglieder in den Fachgruppen erfüllt werden soll, dass es in allen Schulen kein Absuchen und kein Sitzenbleiben mehr geben soll⁴, sondern ausschließlich verstärkt individuelle Förderung, wird sicherlich an der Fortbildung und Begleitung der Lehrkräfte für eine profunde Förderkompetenz zugelegt werden müssen, zumal zusätzlich die „Inklusion umgesetzt wird“, wie man hört (ebda., S. 18). Die wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase „Gemeinschaftsschule“, die diese Schulart gesondert evaluierte und weiterhin begleiten wird, konstatiert in ihrem Bericht im August 2012 erfreulicherweise, dass es den beobachteten zehn Schulen „in beachtlichem Maße“ gelingt, Lernfortschritte auch bei Kindern aus sozial schwierigen Bedingungen zu erzielen⁵. Immerhin kann der „Tagesspiegel“⁶ berichten, dass auch die Sekundarschule „ihre Bewährungsprobe bestanden“ habe. Viele Baustellen seien aber noch zu bearbeiten, denn Berlin habe zu spät mit dem Reformweg begonnen – was sicherlich für viele Bundesländer gilt, wie nicht zuletzt die UNO-Konvention für Menschenrechte betont.

2. Bremen

Die Bemühungen um eine Entwicklung zur gemeinsamen allgemeinbildenden Schule für alle Kinder haben im Land Bremen eine lange Tradition: Kontinuierlich wurde das Bildungsressort seit dem Kriegsende durch die SPD geführt, und wenigstens in Nischen blieb das Leitbild der Reformschulen aus der Weimarer Zeit lebendig. In der Realität aber konnten reformfreundliche (integrative) Vorhaben über die additiv-koperativen Schulzentren und die integrierte Orientierungsstufe hinaus nicht durchgesetzt werden. Dem standen stets notwendige Koalitionspartner, traditionell einflussreiche bürgerliche Schichten wie auch Skeptiker aus den eigenen Reihen entgegen,

so dass die Kraft und Entschlossenheit nach der Gründung von vier ersten Integrierten Gesamtschulen um 1970 lediglich für je einzelne weitere integrierte Schulen reichte. Weitergehende Reformvorschläge wie die Eingliederung der wenigen traditionellen Einzelgymnasien in die Strukturentwicklung ernteten stets vehemente Proteste, einschließlich bundesweiter Solidaritätsbekundungen von prominenten Persönlichkeiten (u. a. dem damaligen Bundespräsidenten Carstens). Der Stadtstaat mit der langjährigen Gültigkeit seines § 3 im Schulgesetz, dass „das bremische Schulwesen ... schrittweise zu einem integrierten, in Stufen gegliederten Gesamtsystem zu entwickeln“ sei, konnte dieses Ziel nicht erreichen und gab die Perspektive schließlich mit der Novellierung des Schulgesetzes 1999 (vorläufig) auf – zugunsten einer offenen und generell kooperativ-konsensualen Reformempfehlung. Der Fortschritt hin zu weiteren integrierten Schulen blieb weiterhin eine Schnecke.

Erst die Hiobsbotschaften der PISA-Ergebnisse und die darin dokumentierten schwachen Leistungsergebnisse bremischer Schüler/innen gaben schließlich im Zusammenwirken mit einer Regierungsumbildung und Neubesetzung der Bildungsressortspitze den notwendigen Schub zur grundlegenden Umorganisation des bremischen Schulsystems. Nach Auswertung und Zusammenfassung der jahrelangen Beratungs- und Beteiligungsprozesse wurde 2009 das Schulgesetz novelliert, fußend auf einem für zehn Jahre geschlossenen „Schulfrieden“ fast aller Parteien. Seither wird zügig ein zweigliedriges Schulsystem, bestehend aus Gymnasien und (Integrierten) Oberschulen umgesetzt; eigenständige Sonderschulen werden mit der Zeit aufgelöst, die Schüler/innen weitgehend in die Inklusion überführt.

Im März 2012 erschien die erste der bundesweit beschlossenen Länderberichterstattungen aus Bremen, „Bildung – Migration – soziale Lage“, mit den Begründungen und Anfängen der Strukturänderung. „Voneinander und miteinander lernen“ ist dem Bericht als Motto vorangestellt⁷. Es bezieht

sich sowohl auf das längere gemeinsame Lernen aller Kinder in allgemeinbildenden Schulen unter besonderer Berücksichtigung der in Bremen großen Anteile von Schüler/innen mit Migrationshintergrund, wie auch auf solche mit besonderen Förderbedürfnissen, die 2010 im 8. Jahrgang noch zu 4,7% in Sonderschulen lernten und in Jahrgang 5 knapp 3% betrafen. Administrativ schreiten der Umbau des Schulsystems wie auch die Inklusion zügig voran, wenngleich die außerordentlich tatkräftige Senatorin Renate Jürgens-Pieper inzwischen ihr Amt leider zur Verfügung stellte. Sonderschulen werden sukzessive aufgelöst und die Lehrkräfte als Unterstützungseinheiten an die Regelschulen versetzt. Auch hier besteht erheblicher Fortbildungsbedarf, nicht zuletzt in der Kooperation von Regel- und Stützlehrkraft und deren differnten Rollenbildern.

Die Zweigliedrigkeit der Regelsekundarstufe I wird primär durch die Elternschulwahl gesteuert, eine Bildungsgangempfehlung für die Schüler/innen gibt es nicht mehr. Über die Aufnahme bei Überanwahl bestimmter Schulen entscheidet jedoch auch hier ein „Leistungskriterium“, das sich an den definierten Grundschul-Regelstandards der KMK in Mathematik und Deutsch orientiert: An Gymnasien mit überzähligen Anwahlen werden bevorzugt die Kinder aufgenommen, deren Leistungen über den Standards liegen, an den Oberschulen können 30% der Schüler/innen nach diesem Kriterium bevorzugt aufgenommen werden, die übrigen nach der festgelegten (örtlichen) Zuordnung von Grundschulen zur benachbarten Oberschule. Versetzungsentscheidungen gibt es in beiden Schularten bis zur 9. Klasse nicht – und dann nur im Gymnasium als Übergang in die Oberstufe. Wird sie zweimal verfehlt, ist nur der Übergang zur Oberschule möglich. Klassenwiederholungen oder Wechsel des Bildungsgangs können andernfalls nur einvernehmlich zwischen Eltern und Lehrkräften erfolgen. Bremen ist damit das erste Bundesland, das Abstufungen bzw. Klassenwiederholungen in fast der gesamten Sekundarstufe I abge-

schafft hat. Eine mutige Entscheidung, die die Aufforderung weiter verstärkt, sich um individualisiertes und inklusives Lehren und Lernen zu bemühen.

Mit dem Aufwachsen der neuen Struktur haben bemerkenswert viele Schüler/innen in den Jahrgangsstufen 5 und 7 noch einen Schulformwechsel ins Gymnasium vorgenommen: 4 % bzw. 5 % bezogen auf die dort vorhandene Schülerschaft, nach jetzt geltender Regelung im Einvernehmen zwischen Eltern und Lehrkräften. Im Vergleich zu den integrierten Schulen ist jedoch diese Aufnahmequote gering. Die Integrierten Gesamtschulen/Oberschulen haben beispielsweise im Jahrgang 9 zusätzlich 13,9 % Schulformwechsler aufgenommen⁸, was verständlicherweise mit erheblichen Bemühungen um die Integration der Wechsler einhergehen muss.

Problem: Die Finanzierung der rechnerisch benötigten Lehrerstellen, hervorgerufen auch durch eine neue Festsetzung von Frequenzobergrenzen, war und ist weiterhin Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen wie auch z. T. harscher Kämpfe zwischen Lehrer-, Schüler- und Elternvertreter/innen einerseits und der Schulverwaltung andererseits. Natürlich spielt die wirtschaftliche Notlage Bremens in der Restriktion eine besonders gewichtige Rolle, z. B. wenn die benötigten Neueinstellungen von der Finanz nicht freigegeben werden (können). Aber auch die Verunsicherung großer Gruppen in der Lehrerschaft, die sich unzureichend auf die veränderten Bedingungen vorbereitet fühlen und nachdrücklich Zeit und Finanzmittel für eine angemessene Qualifizierung einfordern.⁹ – Bei allzu vielen Kollegien ist leider auch die Frist zu einer rechtzeitigen Fortbildung und Umstellung auf individualisierendes Lehren in den letzten 30 Jahren nicht genutzt worden, obgleich die Veränderungen ihrer Lerngruppen offensichtlich wurden. Aber auch: Sowohl die universitäre Lehrerbildung wie auch das Fortbildungsangebot hinken den gesellschaftlichen Erfordernissen mancherorts eklatant hinterher, wahrscheinlich nicht nur in Bremen.

3. Hamburg

In der Nachbarstadt Bremens gibt es seit dem Schuljahr 2010/11 ebenfalls nur noch 2 Schulformen: das Gymnasium und die Integrierte Schule, die hier „Stadtteilschule“ heißt und ebenfalls zum Abitur führt. Auch hier wird die Inklusion „ohne Wenn und Aber“¹⁰ vorangetrieben, was die Existenz von Förderschulen allmählich erübrigt. Schüler/innen mit anerkanntem Förderbedarf werden wie in „integrativen Regelklassen“ unterrichtet, die es in Hamburg schon lange Jahre gibt. Allerdings scheinen die Ausstattungen dafür gekürzt worden zu sein¹¹, was auch in Hamburg zu Protesten führte. Erfreulich: Die GGG hat Sitz und Stimme in der Feedbackgruppe der Behörde über den Prozess erhalten. Nach dem Ausbau von 90 % aller Grundschulen zu Ganztagschulen in gemeinsamer Trägerschaft der Ressorts *Bildung* und *Soziales*, was die frühe Förderung sozial benachteiligter Kinder erwiesenermaßen stützt, wird jetzt die Entwicklung bei den Sekundarschulen vorangebracht. Die Modelle von entweder offenen oder gebundenen Ganztagschulen sollen in Kürze flächendeckend angeboten werden können; die Verträge mit verschiedenen Anbietern, die z. T. für die Essensversorgung wie auch den zugehörigen Service eingeworben werden, befinden sich in der letzten Abstimmung.

Bemerkenswert ist die Versetzungsregel, dass zwar die vom Gymnasium nach Klasse 6 abgeschulten Schüler/innen in den Stadtteilschulen aufgenommen werden müssen. Wer jedoch nicht die „Versetzung vom Gymnasium auf die STS“ erhält, muss im Gymnasium weiter bis zum Jahrgang 10 beschult werden.¹² Das bedeutet, dass das Gymnasium die Schüler/innen bei sich behalten und dann auch leistungsgemäß ggf. die „niederen“ Schulabschlüsse vergeben muss. Nur bei einvernehmlicher Lösung zwischen den Eltern und der abgebenden wie aufnehmenden Schule ist der Wechsel vor Beginn der 10. Klasse noch möglich. Die Verlautbarungen der Schulbehörde betonen die Absicht, die Stadtteilschulen als

„starke Alternative zu den Gymnasien“ zu etablieren, wozu Ganztagsangebote, kleinere Klassen, die intensive Berufs- und Studienorientierung sowie der Abitursabschluss und die Begabtenförderung gehören. Alle Schulen sollen als Teamschulen geführt werden. Um die Qualität von Schulen zu entwickeln und Verbesserungen zu evaluieren, läuft bereits seit 2004 der Schulversuch *d.18* – selbst verantwortete Schule, in dem 18 Grund- und Sek. I-Schulen auf Empfehlung einer Enquetekommission mit wissenschaftlicher Begleitung an ihrem Leitbild und der Qualitätsverbesserung arbeiten. Die Berichterstattung vom Sommer 2007 liest sich verheißungsvoll¹³, auch für die weitere Hamburger Schulentwicklung, und könnte weit darüber hinaus als beispielhaft wirksam werden.

Fazit

Die Schulentwicklung in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg scheint strukturell auf gutem Weg zu sein, wenngleich inhaltlich noch immens viel Arbeit zu leisten ist. Außer den finanziellen Problemen, mit denen diese sozial überproportional belasteten Kommunen zu kämpfen haben, ist die Qualifizierung der Lehrer/innen für individualisierten, binnendifferenzierenden Unterricht weiterhin vorrangig, zumal die Inklusion in großstädtischen Gebieten außerordentlich aspektreich, gleichwohl besonders notwendig ist. Dass die Möglichkeit zum Ausgrenzen und Abschulen von im traditionellen Schulartenverständnis minder leistungsfähigen Schüler/innen immer deutlicher durch gesetzliche Regelungen zurückgedrängt werden muss, scheint leider ein unverzichtbarer Zwischenschritt zu einer Praxis von annehmendem, individualisierendem Unterrichten und Lehren zu sein. Zu hoffen ist – und die Überzeugungsarbeit darf nicht erlahmen –, dass die unselige deutsche menschen-sortierende Schul- und Bildungstradition allmählich überwunden wird und alle Schüler/innen ihr Recht auf volle und gemeinsame Teilhabe am Lernen wahrnehmen können. ♦

Anmerkungen

- 1 „Schulformwechsel in Deutschland“, Gabriele Belenberg im Auftrag der Bertelsmannstiftung, Vorwort S. 7. u. S. 9
- 2 s. GGG-Journal 2/2012, Länderberichte, Berlin
- 3 GGG-Journal 1/2012, „GGG Intern“, Bericht aus dem HA, Berlin, L. Sack
- 4 Ebda.
- 5 „Wissensch. Begleitstudie d. Gemeinschaftsschule Berlin“, Uni Hamburg Prof. Dr Bastian et Al.
- 6 www.tagesspiegel.de vom 14.08.2011
- 7 Die Senatorin f. Bildung, Wissenschaft und Gesundheit: Bildung – Migration – soziale Lage, Bremen 2012
- 8 „Schulformwechsel in Deutschland“, Gabriele Belenberg im Auftrag der Bertelsmannstiftung, S. 100
- 9 Journal 4/2011 „Aus den Länder“ und 2/2012 Leserbrief „Ist das Mist ...“
- 10 Zitat mdl. Gerhard Lein, Bürgerschaftsabgeordneter Hamburg
- 11 Journal 2/2012, „Aus den Ländern“
- 12 Ebda.
- 13 Schulversuch „d.18“ – Entwicklungsfelder, Sommer 2007, Behörde für Bildung und Sport, Hamburg

Schulleiter bzw. Schulleiterin in Bremen zum 01.08.2013 dringend gesucht

Oberschule am Leibnizplatz mit gymnasialer Oberstufe

Wir sind eine Integrierte Gesamtschule, seit 8 Jahren mit eigener Oberstufe, wir haben ca. 900 Schüler/innen und ca. 85 Lehrer/innen. Unsere Schule kooperiert mit dem Theater Shakespeare Company auf gemeinsamem Gelände (Campus Leibnizplatz) und hat mehrere Sportprofile.

Die gut angenommene Schule hat als Gesamtschule vor 22 Jahren in dem renovierten Gebäude eines ehemaligen Gymnasiums den Betrieb aufgenommen. Sie ist von Kl. 5–10 vierzünftig, in der GyO 5-zünftig, und arbeitet in Jahrgangsteams. In den Jahrgängen 5–7 ist der Ganzttag verbindlich, für alle Schüler/innen gibt es erweiterte Ganztagsangebote.

Die Schulleitung besteht z.Z. aus vier Personen, dem Direktor, der stellvertretenden Direktorin (Stufe 5–7 und Zuständigkeit für unterstützende Pädagogik), der didaktischen Leiterin (Stufe 8–10) und dem Oberstufenleiter (Stufe 11–13).

Web: http://de.wikipedia.org/wiki/Schule_am_Leibnizplatz

SERIE

WALTER BALD UND LOTHAR SACK

Organisationskizze Erich Kästner-Schule Bochum

Beschreibung der Schule

Adresse: Erich Kästner-Schule, Marktstr. 189, 44799 Bochum, Telefon: 0234-9734910, Web: www.eks.bobi.net, E-Mail: info@eks.bobi.net

Schulleiter: Walter Bald

Ansprechpartner: Walter Bald (Schulleiter)

Art: Gesamtschule der Stadt Bochum mit gymnasialer Oberstufe (Jahrgänge 5 bis 13)

Lage, Gelände, Gebäude: Die Schule liegt im Süden Bochums in der Nähe der Ruhruniversität mit allen Einrichtungen, einschließlich Sporthallen, sie benutzt die benachbarten Sportanlagen der Universität. Heute stehen vier sanierte Gebäude

(Jahrgänge 5/6, Oberstufe, Sport) sowie ein 2008 bis 2010 gebauter Gebäudekomplex zur Verfügung. In vier durch Aula und Mensa verbundene Häuser sind dort auch Schulleitung, Fachräume, Bibliothek und Freizeiteinrichtungen sowie die Teamräume für die Jahrgänge 7 bis 10 untergebracht.

Größe, Aufbau: Schüler/innen ca. 1.250, Mittelstufe (Jg. 5–10, 6-zünftig) ca. 1.000, Oberstufe (Jg. 11–13) ca. 250, Lehrer/innen ca. 100, einschließlich (zwei Sozialpädagogen, Werkstattlehrer, IT-Manager), außerdem zwei Sekretärinnen, zwei Hausmeister, Honorarkräfte.

Geschichte: Nach längerem Planungsvorlauf startete die Schule 1971 mit 315 Schüler/innen als eine der 10 ersten Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen. Sie war mit 3-zügiger

Grundstufe, 9-zügiger Sekundarstufe I und 6-zügiger Sekundarstufe II geplant. Bis 1975 wurden neue Gebäude Bauabschnitt für Bauabschnitt in Betrieb genommen. 1979 hatte die Schule 2040 Schüler/innen. 1981 wird die Gesamtschule Regelschule. Zurückgehende Schülerzahlen führten 2001 fast zur Schließung der Schule. Schließlich wurde die Schule 2003 auf 6-Zügigkeit festgelegt. 2008 bis 2010 wurde das jetzt benutzte Schulhaus gebaut. 2011 richtete die Schule die erste Integrationsklasse ein. Sie erhielt viele Auszeichnungen, u. a. 2010 das Berufswahl-SIEGEL: Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung, mehrfach den Schulentwicklungspreis Gute gesunde Schule und 2012 den Deutschen Schulpreis.

Schülerschaft: Die Schülerschaft der Erich Kästner-Schule stammt mehrheitlich aus dem Wohnumfeld der Schule. Einen Migrationshintergrund (vorwiegend türkisch oder russisch) haben knapp 50% der Schüler/innen, 25% entstammen Familien, die auf staatliche soziale Unterstützung angewiesen sind. Seit der Einführung der Profilklassen erhöht sich der Anteil der Schüler/innen, die aus anderen Stadtteilen kommen. Der

soziale Hintergrund der Schülerschaft hat sich damit in Richtung Bevölkerungsrepräsentativität verschoben.

Leitideen

„Jeder Mensch hat ein Recht auf Entfaltung und Förderung fachlicher und sozialer Fähigkeiten. Als Gute gesunde Schule orientiert sich die Erich Kästner-Schule an der WHO-Definition des Begriffs Gesundheit: ‚Gesundheit steht für ein positives Konzept, das die Bedeutung sozialer und individueller Ressourcen ebenso betont wie die körperlichen Fähigkeiten.‘ Dieses Leitbild konkretisieren wir an der Erich Kästner-Schule in allen Feldern des schulischen Miteinanders.

Lernen und Unterricht sind Mittelpunkt der Arbeit unserer Schule. Qualität, Vielfalt sowie individuelle und soziale Förderung stehen dabei im Vordergrund.

Uns ist die soziale Integration ein besonderes Anliegen.

Die Schule ist ein Lebensraum und bietet Entfaltungsmöglichkeiten, sowohl als Gebäude als auch in ihrer pädagogischen Gestaltung.

Für uns als Gesamtschule in Ganztagsform stellt Erziehungsarbeit eine bedeutende Aufgabe dar. Wir wollen unsere Schüler/innen fördern auf ihrem Weg zu sozialen und mündigen Personen und ihnen die Wertorientierung vermitteln, die soziales und selbstverantwortliches Handeln benötigt.

Kooperation aller auf allen Ebenen stellt den Schlüssel dar für das Gelingen schulischer Arbeit. Die Erich Kästner-Schule entwickelt besondere Formen der förderlichen Zusammenarbeit über die gesetzlich vorgesehene Mitwirkung hinaus.“

(Aus dem Leitbild der Erich Kästner-Schule)

Bausteine

Alle Abschlüsse: Die Schule vergibt alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur.

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten; Team-Struktur: Die Schule gliedert sich in 3 Abteilungen (mit je zwei Jahrgängen) der Mittelstufe und die Oberstufe. Jedem Jahrgang der Mittelstufe ist ein Lehrerteam zugeordnet. Die Klassen eines Teams

sind räumlich benachbart. Jedes Team verfügt außerdem über drei Differenzierungsräume sowie einen Lehrerstützpunkt. Jeder Abteilung der Sekundarstufe I steht ein Gebäude zur Verfügung, das je zwei Jahrgänge aufnimmt (5/6, 7/8, 9/10). Die Klassen (und das Lehrerteam) bleiben jeweils für zwei Jahre in denselben Räumen.

Lehrerteam: Ein Lehrerteam besteht aus den 12 Klassenlehrer/innen jeder Klasse (i. d. R. Frau und Mann). Es begleitet seine Klassen von Jahrgang 5 bis 10. Möglichst viel Unterricht der Team-Klassen soll von den Team-Lehrer/innen erteilt werden. Sie haben ihren Arbeitsplatz im Lehrerstützpunkt. Das Lehrerteam berät und regelt pädagogisch-organisatorische Fragen, u. a. Vorschläge für die Unterrichtsverteilung, Wandertage, Exkursionen, Test-Termine. Es trifft sich alle vier Wochen. Der/die gewählte Teamsprecher/in vertritt das Team nach außen.

Tischgruppen (Schülerteam): Organisation und Arbeit in festen Tischgruppen findet in Jg. 5/6 statt.

Gemeinsamer Unterricht (Integration/Inklusion): In etlichen Klassen gibt es Einzelintegrationsfälle. Seit 2011 wird in jedem Aufnahmejahrgang eine Integrationsklasse eingerichtet. Etwa 90 % des Unterrichts findet in Doppelbesetzung statt. In diesen Klassen sind 22 Schüler/innen (sonst 27).

Differenzierung: Eine äußere Leistungsdifferenzierung gibt es in Englisch ab Jg. 8 (binnendifferenziert in den Englisch-Profilklassen), in Mathematik ab Jg. 8, in Deutsch ab Jg. 9. Sonst findet das Lernen grundsätzlich in leistungsheterogenen Gruppen binnendifferenziert statt. Schulpflichtigen Schüler/innen, deren Schulabschluss am Ende der 9. Klasse nicht erreichbar erscheint, wird die Projektklasse „Beruf und Schule“ (BUS-Klasse) angeboten: drei Wochentage in der Schule, zwei in Betrieben. Es gelingt in fast immer, für jede/n einen Ausbildungsplatz zu finden.

Profile: Alle Klassen werden in Jg. 5 als Profilklassen eingerichtet. Es gibt vier Profile:

Kunst und Medien, Notebookklasse und Englisch Plus, Notebookklasse und Naturwissenschaften Plus sowie Sportkids – Sport, Gesundheit und Bewegung. Für die inhaltlichen Schwerpunkte werden Arbeitsgemeinschaftsstunden einbezogen, deren Besuch für das gewählte Profil verpflichtend ist. Im Unterricht aller Fächer werden systematisch die Bezüge zum Profilschwerpunkt hergestellt, u. a. auch bei der Berufsorientierung.

Lernen in Zusammenhängen: Die Fächer Geschichte, Erdkunde, Politik sind in Jg. 5–10 zu Gesellschaftslehre zusammengefasst. Im Wahlpflichtbereich gibt es die fachübergreifenden Lernbereiche Naturwissenschaften, Darstellen und Gestalten sowie Arbeitslehre. Darüber hinaus findet Lernen in vielfältigen Zusammenhängen in Projektform statt.

Schulinternes Curriculum: Die Schule hat für jeden Jahrgang ein Programm fester Aktivitäten sowie schulinterne Jahrgangslehrpläne als Kompetenzcurricula erarbeitet; sie beinhalten einen differenzierten Erwartungshorizont inhalts- und prozessbezogener Kompetenzen. Vor den Sommerferien tagen die Jahrgangsteams aller Fächer gemeinsam, um den Unterricht im alten Schuljahr zu bewerten und daraus Konsequenzen für das kommende Schuljahr abzuleiten. Die neuen Jahrgangsteams aller Fachgruppen treffen sich zur endgültigen Unterrichtsplanung zu Beginn des neuen Schuljahres.

Beurteilung/Klassenwiederholungen: Notenzugnisse werden durch Portfolios ergänzt. Sitzenbleiben gibt es bis zur 9. Klasse nicht.

Tages-, Wochenstruktur, Ganztag: Der Unterricht beginnt 7.50 Uhr und endet um 15.30 Uhr (Oberstufe 16.15 Uhr) mit zwei großen Pausen am Vormittag. Am Dienstag ist nur vormittags Unterricht, nachmittags finden Konferenzen statt. Am Donnerstag Nachmittag werden freiwillige Veranstaltungen angeboten. Die Stunden dauern 45 Minuten. Dreimal am Tag, jeweils fünf Minuten vor Beginn des Unterrichtsblocks ertönt ein akustisches Signal. Die Schule diskutiert z. Z. die Einführung eines 60-Mi-

nuten-Modells. Neben den verpflichtenden Fachunterrichtsstunden gibt es den Wahlpflichtbereich, Arbeitsstunden (mit Klassenrat) und freiwillige Angebote.

Mittagspause/Mittagessen: Die Jahrgänge 5 bis 7 haben in der 6. Stunde Mittagspause, die übrigen in der 7. Stunde. Das AKAFÖ (Studentenwerk der Bochumer Hochschulen) betreibt die Mensa. Weitere Verpflegungsmöglichkeiten bieten die Cafeteria, die Snackeria und die von Eltern betriebene Knusperstube. Die Mittagspause dient neben der Einnahme des Mittagessens der Erholung und Freizeit mit zahlreichen offenen Angeboten. Viele Mittagsaktivitäten sind nur durch die ehrenamtliche Mitarbeit von Eltern möglich.

Arbeitsstunden: In Jg. 5/6 gibt es 3 Arbeitsstunden, 2 in Jg. 7 bis 9, 1 in Jg. 10. Sie dienen der Erledigung der Hausaufgaben und der selbstständigen Übung. Sie werden in der Regel von den Klassenlehrern betreut.

Klassenrat: Eine der Arbeitsstunden ist der Klassenrat: Die Schüler/innen der Klasse erörtern gemeinsam mit den Klassenlehrer/innen Klassenangelegenheiten (Arbeitsfortgang, Projekte, Vorhaben, Fahrten, Konflikte, ...).

Fremdsprachen: Englisch (Fortführung aus der Grundschule), Französisch ab Jg. 6/7, Latein und Türkisch ab Jg. 8, Italienisch und Französisch ab Jg. 11. Die Schule vergibt in Englisch und Französisch Sprachzertifikate.

Wahlpflichtbereich: In Jg. 6 findet im Rahmen des Wahlpflichtbereichs Französisch als Begegnungssprache für alle Schüler/innen statt (2-stündig). In Jg. 7 kann gewählt werden: Französisch, Arbeitslehre (Technik – Wirtschaft – Hauswirtschaft), Naturwissenschaften, Darstellen und Gestalten. Der Wahlpflichtbereich ab Jg. 8 umfasst Latein, Türkisch, Informatik, Englisch, Deutsch, Mathematik, Sport, Kunst, Naturwissenschaften, Gesellschaftslehre, Haushaltslehre, Technik sowie unbenotete Förderangebote.

Sprachförderung: Alle Kinder absolvieren Sprachstands-Tests zu Beginn des Jg. 5, am Ende Jg. 5 und am Ende Jg. 6. Aus je 2 Klassen werden 5 Gruppen (2 Wochenstunden) mit spezifischen Förderschwerpunkten gebildet: Kinder mit zu geringen Sprachkenntnissen erhalten zusätzliche Stunden. In den Jg. 7-10 findet eine Integrationsförderung für einzelne Schüler/innen statt.

Kooperatives Lernen: Kooperatives Lernen (nach Norm Green) ist seit 2002 einer der Arbeitsbereiche der Schulentwicklung. Seit 2006 werden die Jahrgangsteams des fünften Jahrgangs sowie alle neuen Kolleg/innen in zwei jährlichen Veranstaltungen zum Kooperativen Lernen fortgebildet. Zur Koordinierung und zum Erfahrungsaustausch wurde die Lehrerwerkstatt eingerichtet.

Medienkonzept: Die Schule hat ein umfangreiches, alle Fächer und Jahrgänge einbeziehendes Medienkonzept entwickelt. Ihr steht hierfür eine umfangreiche Ausstattung (u. a. ca. 50 Smartboards) zur Verfügung. Schüler/innen haben Zugriff auf die Lernplattform moodle. Auf dem gesamten Schulgelände ist WLAN verfügbar.

Gesundheitserziehung und Bewegungsförderung: In den Fächern Sport (Schwimmbildung, ungewöhnliche Sportarten, ...), Biologie und Arbeitslehre werden Themen einer gesunden Lebensführung (Sport, Ernährung, Drogenprävention, ...) systematisch im Fachunterricht aufgegriffen, insbesondere in den entsprechenden Profilklassen und Arbeitsgemeinschaften. Ergänzend werden Pausenangebote so gestaltet, dass die Schüler/innen ihr Ernährungsverhalten neu erproben können (Klassenfrühstück in Jg. 5, Knusperstube). Fitnesscenter und Gymnastikhalle, neu eingerichtet, werden mit einem besonderen Trainings- und Übungsmodell im Sportunterricht und für Freizeitaktivitäten auch des Kollegiums genutzt. Als Gesundheits-Club der Erich Kästner-Schule übernehmen Schüler/innen eigenverantwortlich und ehrenamtlich die Betreuung und Anleitung. Sie durchlaufen eine Fitnesscoach-Ausbildung, bestehend aus 7 Modulen.

Die Schule arbeitet mit beim Landesprogramm „BUG – Bildung und Gesundheit“.

Offene Angebote (Wahlbereich, Arbeitsgemeinschaften): Die für Arbeitsgemeinschaften vorhandenen zeitlichen und personellen Ressourcen werden großenteils zur Ausgestaltung der Profile genutzt und sind dann verpflichtender Unterrichts-Bestandteil. Als klassische Arbeitsgemeinschaften finden statt verschiedene Sportmannschaften, Chor und Musikbands.

Projekte, Vorhaben: Regelmäßig werden Projektstage im November (Gedenktage, Geschichte als Leitfach) und vor den Osterferien (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) für alle Schüler/innen durchgeführt, an denen alle Schüler/innen teilnehmen. Darüber hinaus gibt es Jahrgangs- und Klassenprojekte sowie zahlreiche Vorhaben gemeinsam mit Kooperationsschulen im Rahmen der Comenius-Projekte.

Schülerfirma: Es gibt einen Schließ- und Aufsichtsdienst für Toiletten im Hof und den Häusern als Schülerfirma. Die Honorierung der Mitarbeiter/innen erfolgt durch einen Jahresbeitrag von einem Euro, den jeder Schüler/innen zahlt, die andere Hälfte trägt der Förderverein.

Schülershop: Seit 1998 gibt es den Schülershop: Schüler/innen betreiben einen Verkaufskiosk für Schulbedarfsmittel und dokumentieren den Geschäftsbetrieb (Dienstpläne, Kassen- und Buchführung).

Feste Aktivitäten: Im Jahresplan verankert sind Tag der offenen Tür, Projektstage (November und Ostern), das Schulfest sowie Abschlussfeiern.

Bibliothek: Die Bibliothek hat einen Bestand von ca. 13.500 Medien. Sie wird von Eltern ehrenamtlich betreut.

Schülerfahrten: In Jg. 6 Themenfahrt zur Jungen- und Mädchenförderung, in Jg. 8 Klassenfahrt (oder Projektstage), in Jg. 10 Abschlussfahrt, Austauschfahrten im Rah-

men der Comenius-Aktivitäten, Studienfahrten in der Oberstufe.

Schulsozialarbeit/Beratung: Für die Schulsozialarbeit ist jeder Abteilung ein/e Sozialpädagoge/in zugeordnet. Beteiligt sind auch Beratungslehrer und die jeweiligen Abteilungsleiter. Das Beratungsteam trifft sich regelmäßig. Einzelschüler/innen und Schülergruppen werden in Problemlagen beraten und unterstützt. Streitschlichter gibt es ab Jg. 9. Zur interkulturellen und sozialen Beratung und Betreuung werden kommunale Institutionen hinzugezogen (IBFS – Chancenwerk, IFAK e.V.).

Berufsorientierung: Das Berufsorientierungskonzept umfasst alle Jahrgangsstufen. Es besteht aus unterrichtlichen Beiträgen einzelner Fächer, aus verpflichtenden oder freiwilligen Projekten und Angeboten sowie Vorhaben mit Betrieben und anderen außerschulischen Institutionen. Für Beratung und Koordinierung stehen das Berufsorientierungsbüro (BoB) und die Berufswahlorientierungskonferenz zur Verfügung. Es arbeiten 10 Lehrer/innen, Honorarkräfte und Mitarbeiter der Kooperationspartner mit. Künftig gibt es einen Koordinator für Berufs- und Studienorientierung.

Unterrichtliche Elemente der Berufsorientierung: Die Schule hat für alle Jahrgänge einen umfangreichen Katalog curricularer Elemente erstellt, die Bezüge zur Berufswelt und zur beruflichen Qualifizierung haben und legt diesen Katalog dem Unterricht zu Grunde.

Berufsvorbereitende Projekte und Angebote: Folgende Projekte werden regelmäßig durchgeführt:

Jg. 5/6: Girls' Day, Boys' Day, Jungen- und Mädchenförderung, individuelle Förderung für Migranten, Gesundheitsprävention (Barmer)

Jg. 7/8: Girls' Day, Boys' Day, Kooperation JETZT, Fit for Life, Busbegleiter, Streitschlichtung, ZEUS-Projekt, Ohne Gewalt stark, Ersthelferausbildung, individuelle Förderung für Migranten, Informationsabend zum Berufswahlpass

Jg. 9: Potentialanalyse (BFW), Betriebspraktikum, Berufswahlberatung, Informationsabend zum Berufswahlorientierungsprogramm, Work-Placement, Betriebsbesichtigungen, Schülershop, Berufswahlmesse Bochum, Kooperation JETZT, Einzelberatung Berufswahl, Mofa-AG, Ferienpraktika

(Praktiker), individuelle Förderung für Migranten, Bewerbertraining (Sparkasse), Berufseinstiegsbegleiter

Jg. 10: Berufswahlberatung, Schülershop, Berufswahlmesse Bochum, Kooperation JETZT, Einzelberatung Berufswahl, Ferienpraktika (Praktiker), Umgang mit Geld (Verbraucherzentrale), Informationsnachmittag Berufskollegs, Bewerbertraining (Sparkasse), individuelle Förderung für Migranten, Berufseinstiegsbegleiter (z. T. über die Schulzeit hinaus)

Jg. 11–13: Bewerbertraining (Sparkasse, Barmer, Praktiker), Individuelle Förderung für Migranten, Dialog mit der Jugend (Initiativkreis Ruhrgebiet), Betriebspraktikum, Facharbeit, Brücke zur Uni

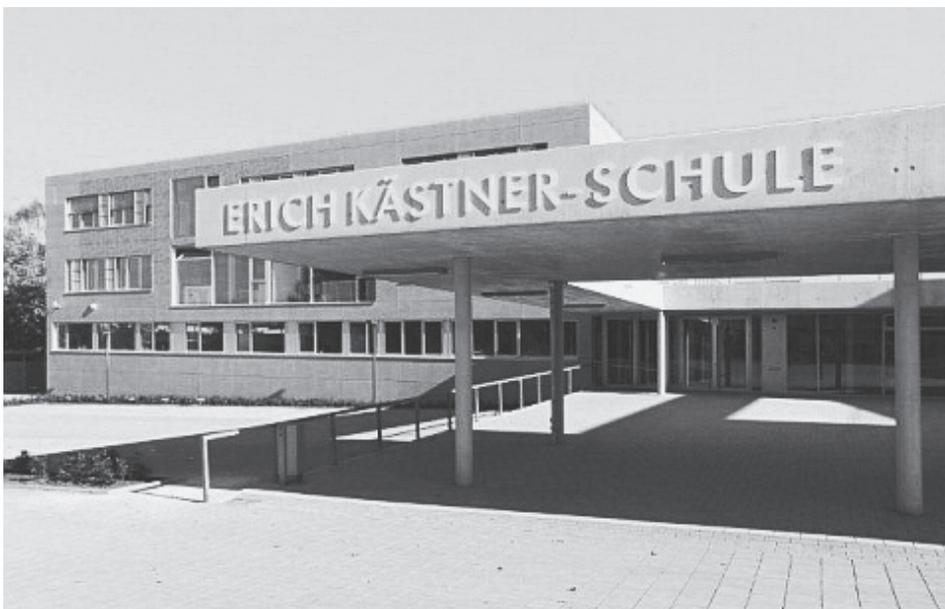
Kooperationspartner: Ein Großteil der Pflicht- und Angebots-Aktivitäten zur Berufsvorbereitung werden mit außerschulischen Partnern durchgeführt.

Berufsorientierungsbüro (BoB): Das BoB ist die Anlaufstelle für alle Fragen zum Thema Berufswahl. Die Schüler/innen finden schriftliche Materialien, aktuelle Hinweise und Computerarbeitsplätze für Internetrecherchen. In den langen Mittagspausen beraten Lehrkräfte die Schüler/innen. Es gibt regelmäßig Einzelberatungen mit dem Berufsberater der Arbeitsagentur.

Berufswahlorientierungskonferenz: Das Konzept wird evaluiert und systematisch fortgeschrieben durch die Berufswahlorientierungskonferenz.

(Betriebs-) Praktika: Betriebspraktika finden statt in Jg. 9 3-wöchig für alle Schüler/innen, Ferienpraktika in Jg. 9/10 und in der Oberstufe.

Öffnung der Schule: Kooperationspartner für im Unterricht und außerhalb genutzte Angebote: Arbeitgeberverbände Ruhr/Westfalen, Arbeitsagentur Bochum, Berufsbildungswerk des DGB (BFW), Berufswahlmesse – Bochum, DASA – Arbeitswelt-



Der Eingangsbereich der Erich Kästner-Schule Bochum

Ausstellung-Dortmund, DGB-Jugend, Industrie- und Handelskammer, Initiativkreis der katholischen Gemeinde St. Johannes (Ausbildungsplatzbörse *Die Brücke*), Interkultureller Bildungs- und Förderverein (IBFS), Kooperation Schule-Wirtschaft, Polizei Bochum (Kommissariat Vorbeugung), Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe, Migrationsarbeit (IFAK), Vita-Guard-Rettungsschule, Barmer Krankenkasse, Bochumer Verkehrsbetriebe, Kaufmännische Krankenkasse, Praktiker-Baumärkte Bochum, Sparkasse Bochum, Telekommunikation Mittleres Ruhrgebiet, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Breuer-Motoren, Eickhoff-Maschinenfabrik, Elektromotoren-Vogelsang, Entex-GmbH, Neuhaus-GmbH, Gesamtschule Duisburg-Meiderich, Ruhruniversität Bochum, Volkshochschule Bochum.

Die Schule gehört dem Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage an.

Schulpartnerschaften/Comeniusprojekte: Mit Partnerschulen in folgenden Orten fanden und finden Comenius-Projekte statt: Lecco (Italien), Rybnik (Polen), Slavkov u Brna (Tschechien), Mazamet (Frankreich), Santiago de Compostela (Spanien), Sheffield (Großbritannien), Genf (Schweiz) und Adana (Türkei).

Gremien/Kommunikation/Schulentwicklung: Außer den eher üblichen Gremien (Gesamt-, Abteilungs-, Fachkonferenzen) gibt es das Lehrerteam, die Teamsprecherkonferenz. Die Teamsprecher/innen, die Koordinator/inn/en und die Schulleitung bilden die erweiterte Schulleitung. Die Schulentwicklung konzipiert und begleitet die Steuergruppe, bestehend aus Team-Vertretern und Schulleitungsmitgliedern, insgesamt 15 Personen. Die Schule arbeitet im Regionalen Bildungnetzwerk Bochum mit.

Eltern bringen sich über die Klassen- und Schulpflegschaft hinaus in Projektgruppen zu einzelnen Themen und in die tägliche Schularbeit ein und arbeiten auf städtischer und überregionaler Ebene mit. Die Schülervertretung arbeitet im Netzwerk der Schulen ohne Rassismus – Schulen mit

Courage und in der Bezirksschülervertretung mit. Der Verein der Freunde der Erich Kästner-Schule unterstützt die Arbeit der Schule. Die Schulzeitschrift Kästner-Forum erscheint zweimal jährlich.

Lehrerwerkstatt: Die Lehrerwerkstatt ist eine schulische Einrichtung zur Lehrerfortbildung und Unterrichtsentwicklung. Ursprünglich auf das Kooperative Lernen ausgerichtet, sind weitere Schwerpunkte hinzugekommen, so der (unterrichtliche) Umgang mit dem Laptop. Es werden schulinterne Hospitationen mit Auswertungsgesprächen organisiert.

Entwicklungsschwerpunkte: Die nächsten Entwicklungsvorhaben der Schule sind der Tagesrhythmus (60-Minuten-Modell) und eine system(at)ische Berücksichtigung der Individualität der Lernprozesse.

Kommentar

Die Darstellung bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Jahrgänge 5 bis 10.

Der Schule gelingt es, ihre inhaltlichen Schwerpunkte – insbesondere Berufsorientierung, Gesundheitsförderung, Medien-

kompetenz – mit einem beeindruckenden Netz außerschulischer Kooperationspartner zu realisieren. Dabei liegt eine besondere Leistung in der stimmigen und sich gegenseitig ergänzenden Einbettung der Kooperationspartner. Hinzu kommt, dass die einzelnen Vorhaben häufig Beiträge zu mehreren dieser Schwerpunkte leisten.

Nur wenige Schüler/innen, die die Oberstufe erreichen, sind mit einer gymnasialen Empfehlung gestartet. Der Schule gelingt es auch, weniger motivierte und leistungsschwächere Schüler/innen wirksam zu fördern mit dem Ergebnis, dass niemand die Schule ohne Abschluss verlässt.

Mit ihrer inhaltlichen Ausrichtung ist die Schule auch für Schüler/innen attraktiv geworden, die im Stadtteil nicht traditionell eine Gesamtschule besuchen.

Mit der Lehrerwerkstatt hat sich die Schule ein wirksames Instrument der selbst gesteuerten Fortbildung geschaffen.

Quellen

Ausführlicher informiert die Website www.eks.bobi.net.

Stand: Dezember 2012 ♦

AUS DEN LÄNDERN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Süden ist vieles anders, oder „Mir sin mir“

Seit ein paar Monaten melden sich in BW verschiedene Gruppierungen und Initiativen gegen die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen (GMS) zu Wort.

Erstmals 2009 initiierte der Philologenverband im Vorfeld der Landtagswahlen 2011 in Baden-Württemberg das Aktionsbündnis gegliedertes Schulwesen, in welchem sich die verschiedensten Vertreter aus dem konservativen Lager des Landes versammelten.

Bisher hat man wenig bis nichts von diesem Bündnis gehört.

Erst jetzt, nachdem die Einführung der GMS zur politischen Realität geworden ist, gibt es konkret Widerstand aus diesem Lager. Zunächst gab es das Aktionsbündnis gegen die Gemeinschaftsschule, das dann mit demselben Ziel in das jetzige Bündnis pro Bildung umgetauft wurde. Sein Slogan: „Vielfalt statt Einfalt durch den Erhalt des differenzierten Schulwesens“. Das alles ist nicht besonders aufregend und wurde von den Befürwortern der GMS erwartet. Seit Ende letzten Jahres aber ist der Widerstand gegen die GMS in eine neue Phase eingetreten. Der Gemeinderat in Bad Saulgau

im Kreis Sigmaringen hatte gegen den geschlossenen Widerstand der CDU die Zusammenlegung zweier Schulen mit dem Ziel der Einrichtung einer GMS beschlossen. Der CDU-Minderheit im Gemeinderat passte das ganz offensichtlich nicht. Sie trug jetzt – oder unterstützte zumindest – ein Bürgerbegehren gegen die Einführung der GMS. Dazu brauchte die Initiative 1.300 Unterschriften, die sie bereits gesammelt hatte und damit den nächsten Schritt, den Bürgerentscheid, einleiten konnte.

Am Sonntag, den 20.01.2013, hatten nun also die Bürger/innen das letzte Wort. „Wollen Sie, dass sich die Stadt Bad Saulgau tatsächlich um die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule bemüht?“, hieß die Frage, die die Wähler mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten konnten. Die Saulgauer empfanden sich ein wenig als „Testballon“. Viele stehen nach Auskunft der Initiatoren in anderen Städten schon in den Startlöchern und wollen den gleichen Weg gehen, nämlich „Nein zur Einheitsschule“ sagen, wie es auf der Homepage des „Bündnis pro Bildung“ verkündet wird. Wie ist die Sache nun ausgefallen? Typischerweise wie das berühmte Hornberger Schießen, ein wenig westlich von Bad Saulgau: Beim Bürgerentscheid am Sonntag über die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ist das Quorum nicht erreicht worden. Von den 13.167 Abstimmungsberechtigten stimmte 2.695 gegen die Gemeinschaftsschule, 1.396 stimmten dafür. Um das Quorum zu erreichen, hätten 3.299 abstimmungsberechtigte Bürger dafür oder dagegen sein müssen. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 31,1%. Der Bürgerentscheid hat somit keine bindende Wirkung. Der Gemeinderat ist nun wieder am Zug, um eine endgültige Entscheidung zu treffen. Wir sind sehr gespannt, wie dieser mit dem „Ergebnis“ umgehen wird. Erfreulicherweise gibt es in der Region auch ganz andere Reaktionen.

In der „Schwäbischen Post“ wird über ein CDU-Treffen des Ost-Albkreises berichtet, dass die örtliche CDU sich – entgegen der politischen Linie der Landespartei – für die

Einführung der GMS entschieden hat. Und das ist nur ein Beispiel von vielen. Das mag für Menschen aus Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin alles lächerlich und provinziell klingen, entspricht aber tatsächlich der typischen süddeutschen Mentalität des „Mir sin mir“ (bayerisch „Mir san mir“). Das bedeutet: Was die „Großkopfete“ in Stuttgart so „alles schwätzet“, interessiert uns nicht. Den Leuten auf der Ost-Alb und anderswo auf dem flachen Lande, geht es um „onsr Kinnr dehoim, on schonsch nix“. Das ist durchaus eine etwas andere Haltung als die der Initiative „Wir wollen lernen“ in Hamburg. Die Menschen in den Flächenstaaten des Südens sind sehr viel mehr am Wohle ihrer Gemeinden und allen derer Kindern interessiert, als dem einer wie auch immer gearteten Bildungsbürgerschaft. So war das schon immer im Süden. Diese Voraussetzungen, einschließlich des gescheiterten Bürgerentscheids in Bad Saulgau, machen Mut. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Reaktion gegen die GMS in BW nicht durchsetzen und ein Flächenbrand à la Hamburg ausbleiben wird. Selbst wenn die Konservativen wieder an die Regierung kommen sollten, was ich nicht hoffe, so würden sich Kommunen, die bis dahin auf die neue Schulart umgestellt haben, diese nicht wieder wegnehmen lassen. Mit anderen Worten: Die GMS wird bleiben, mit dem kräftigen Rückenwind aus der demografischen Entwicklung. Ich hoffe, unser neuer Kultusminister Andreas Stoch (SPD), Nachfolger von Frau Warminski-Leitheußer, bewertet das genau so.

JÜRGEN LEONHARDT

BREMEN

Ende November 2012 trat die Bildungsministerin Jürgens-Pieper von ihrem Amt zurück, denn die politische Situation war für sie immer schwieriger geworden. Bürgermeister Böhrnsen hatte sich selbst in die Bildungspolitik eingebracht, indem er Gespräche mit den Schüler- und Elternvertretungen und den Lehrerverbänden geführt hatte. Der An-

lass für ihren Rücktritt war eine Beratung im Koalitionsausschuss von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN als man ihr nicht die finanziellen Mittel zugestehen wollte, die für die nächsten zwei Schuljahre unbedingt nötig gewesen wären. Sie zog die Reißleine aufgrund „struktureller Unterfinanzierung“ im Bildungshaushalt. Was bleibt: Der auf 10 Jahre von der Bürgerschaft beschlossene „Bremer Bildungskonsens“, die Einführung der Inklusion, freilich nur im Bereich der Oberschulen, die Gymnasien sind da außen vor, um das Wichtigste zu nennen.

Mitte Dezember wurde eine Demonstration vom Bremer *Bündnis für Bildung* durchgeführt, die die Auswirkungen der Bildungspolitik noch einmal ins Visier nahm, an der gut 3.000 Menschen teilnahmen. Das Motto lautete: „20 Millionen Euro mehr für die Schulen! Keine Stellenstreichungen!“ Vertreter/innen der Eltern und des Personals der Schulen machten deutlich, dass notwendige Ressourcen fehlten, um die strukturelle Unterfinanzierung zu beseitigen. Die Schuldenbremse dürfe nicht Vorrang vor der Finanzierung einer guten Bildungspolitik haben. Bürgermeister Böhrnsen deutete an, dass der Senat zusätzliche Mittel für den Doppelhaushalt 2013/14 bereitstellen werde. Er glaube, dass beim Bildungshaushalt noch eine „Schippe draufgelegt“ werden müsse. Die Einführung der Oberschulen und die Umsetzung der Inklusion hätten dem Bildungsbudget stark zugesetzt, die Schulreform gäbe es nicht zum Nulltarif. Der Bildungshaushalt müsse vor allem verlässlicher geplant werden. Das ging an die Adresse der neuen Bildungsministerin Eva Quante-Brandt, in die große Hoffnungen gesetzt werden, das Bildungsschiff in ruhiges Fahrwasser zu lenken. Wir, die GGG Bremen/Bremerhaven, werden versuchen, bald ins Gespräch mit der neuen Ministerin zu kommen, um ihr unsere Vorstellungen von inklusiver Schule vorzutragen.

Ein erfreuliches Ereignis gilt es zu vermelden: Die Gesamtschule Bremen-Ost wurde 40 Jahre alt. Die Schule liegt in einem sogenannten sozial benachteiligten Stadtteil,

hat all die Jahre über hervorragende Arbeit geleistet und sich dadurch großes Ansehen im Stadtteil erworben. Die Anfänge in den 70er Jahren waren spannend, um die inhaltliche Konzeption gab es ideologische Auseinandersetzungen. 2007 war ein einschneidendes Datum für die GSO: Die Schule zog in ein umgebautes und saniertes Gebäude ein und mit ihr die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen, die dort einen großen Probenraum bezog. Von dieser Verbindung profitieren seitdem beide Seiten; für das Engagement im Zukunftslabor an der GSO erhielt das Orchester im letzten Jahr den *Klassik-Echo*. Eine weitere Bereicherung für die GSO, bis vor einigen Jahren eine Sek. I-Schule (Jg. 5–10), war die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe, die die Attraktivität der Schule weiter steigerte. Im Stadtteil ist die Gesamtschule Ost ein schulisches und kulturelles Zentrum geworden mit Ausstrahlung auf die ganze Stadt Bremen.

KARLHEINZ KOKE

HESSEN

Inklusion, Integration, individuelle Förderung in Hessen

Wie stellt sich die gesetzliche Situation dar? Wie kann Realität aussehen? In Hessen ist bislang keine explizit förderliche, wegweisende Perspektive für eine inklusive Schule erkennbar. Im Gegenteil. Schulen mit langjähriger Erfahrung im Gemeinsamen Unterricht (GU) haben eher weniger Ressourcen zur Verfügung. Die Durchführung von Förderausschüssen zur inklusiven Beschulung ist organisatorisch und personell aufwändig. Das notwendige Zusammenwirken von Sozial- und Kultusministerium ist gesetzlich so zu verankern, dass es den Anforderungen an eine inklusive Schule genügt. Der hessische Weg der individuellen Förderung von heterogenen Lerngruppen verläuft kontinuierlich auf eine immer weiter ausdifferenzierte Struktur nach weiteren Schulformen und Abschlüssen hinaus. Je nach Zählweise sind es derzeit 10 Schulformen, wobei die

unterschiedlichen beruflichen Schulen und den unterschiedlichen Schwerpunkten bei Förderschulen nicht zusätzlich gezählt wurden.

Sicherlich ist es ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, trotzdem lassen sich einige Eckpunkte benennen, mit denen ein Weg zur gelingenden Inklusion beschrieben werden kann. Und – dass dieser Weg gelingen kann, dies ist an einzelnen Schulen, die über jahrelange Vorerfahrung verfügen, bereits in kleinen Schritten sichtbar. Den notwendigen unterstützenden Rahmen dazu braucht es aber eindeutiger, zügiger und deutlich stärker.

Grundvoraussetzung ist ein wertschätzender Umgang untereinander. Dies gilt für Schüler- und Lehrer-Beziehungen, die Schüler-Schüler-Beziehungen sowie die professionellen Arbeitsbeziehungen aller Beteiligten, Lehrer, Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Schulbegleiter. Schulen, die sich auf den Weg machen, inklusive Schule zu werden, brauchen einen Blick auf das einzelne Kind. Dies wirkt sich sowohl im Bereich des Sozialkompetenztrainings, des fachlichen Lernens und der Lernarrangements, besonders natürlich auch auf die Lernberatung aus.

Je stärker der Blick auf den individuellen Lernfortschritt gerichtet ist, desto stärker muss auch der Blick auf die soziale Gruppe gerichtet werden. Konkret für die Tagesgestaltung heißt dies, dass Phasen des individuellen Lernens – Selbstorganisiertes Lernen (SOL), Lernzeit, individuelle Lernzeit (ILP) – mit fest eingeplanten Phasen des sozialen Miteinanders eingerichtet werden müssen (Klassenrat, Team-Trainings, AG Angebote, Lernangebote für Gruppenarbeiten ...).

Eine inklusive Schule braucht multiprofessionelle Teams. Diese können nicht einfach gesetzt werden. Es braucht Zeit und gemeinsame positive Lernerfahrungen und gemeinsame Erfahrungsräume, damit die gleichberechtigte Zusammenarbeit für den Schulerfolg der Schüler/innen förderlich eingebracht werden kann. Viele Schulen haben den Prozess des Legens von Kooperationsstrukturen von Schulsozialarbeit und Lehrkräften inzwischen erfolgreich been-

det. Nunmehr gilt es, den Blick insbesondere die verschiedenen Lehrkräfte an einer Schule zu richten. Inklusive Schulen sind Schulen, an denen Lehrkräfte mit Lehramt Förderschule gleichberechtigt mit den Regelschulkräften arbeiten. Neue Formen der Zusammenarbeit sind dabei zu entwickeln. Auch Schulleitungsteams sollten möglichst gemischt zusammengesetzt sein. Schon in der Ausbildungsphase des Referendariats ist es notwendig, Inklusion zu leben. An Regelschulen sollten in Kooperation mit den Studienseminaren neben den Regelschulkräften regelmäßig Förderschulreferendare ausgebildet werden. Dies gilt für alle Schwerpunkte – Förderbedarf Lernen, sozial-emotionale Entwicklung, geistige Entwicklung und körperliche Behinderungen. Für die Kooperation von Schule und Jugendhilfeeinrichtungen ist es zwingend notwendig, dass die zuständigen Ministerien – Sozial- und Kultusministerium – sehr zügig die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass Verfahrensabläufe in Schulen gelingende Inklusion ermöglichen. In Hessen gilt dies insbesondere für die Schulbegleitungen.

Insgesamt handelt es sich um einen voraussetzungsreichen Weg, der nur gemeinsam von Schule und ihrem Umfeld, von Sozialministerium und Kultusministerium erfolgreich gegangen werden kann.

GABI ZIMMERER

HAMBURG

In Hamburg ist 2010 die Zweigliedrigkeit mit Stadtteilschule und Gymnasium eingeführt worden. Zur Stärkung der Stadtteilschulen wurden die Klassenfrequenzen deutlich gesenkt und allen Stadtteilschulen die Option auf eine dreijährige Oberstufe ermöglicht. Gleichzeitig wurde für die Gymnasien eine zweijährige Beobachtungsstufe in den Jahrgängen 5/6 festgeschrieben, ab Klasse 7 jedoch soll es auch an den Gymnasien, die anders als die Stadtteilschulen in 8 Jahren zum Abitur führen, kein Sitzenbleiben und keine Abschlüsse mehr geben.

Inzwischen liegen erste Erfahrungen vor: Bei den letzten beiden Anmeldezeitpunkten 2011 und 2012 meldeten durchschnittlich 53% der Eltern ihr Kind an einem Gymnasium und 46% an einer Stadtteilschule an. Nach der Zeit der Beobachtungsstufe am Gymnasium sind die Übergänge von Klasse 6 in Klasse 7 der Stadtteilschule mit 488 Schüler/innen (ca. 8% aller Schüler/innen des gymnasialen Jahrgangs) beträchtlich gewesen. Die Schulformwechsler belasten die Stadtteilschulen in erheblichem Maße, viele Klassen waren bereits bei Höchstfrequenz, die dann überschritten werden musste. Zusätzlich mussten kurzfristig auch neue Klassen eingerichtet werden.

Und: Im Dezember des vergangenen Jahres kündigte Schulsenator Rabe an, dass bereits in diesem Schuljahr der Wechsel von Klasse 10 des Gymnasiums in Klasse 11 der Stadtteilschule möglich sein soll. Der Besuch der dreijährigen Oberstufe ermöglicht damit auch (ehemaligen) Gymnasialschüler/innen einen neunjährigen Bildungsgang bis zum Abitur. Es ist offen, wie sich diese Wechselmöglichkeit auf die Entwicklung der Oberstufen der Stadtteilschulen auswirken wird. Vor dem Hintergrund der quantitativen Entwicklung sind große Anstrengungen nötig, um zu verhindern, dass aus der Zweigliedrigkeit eine Zweitrangigkeit der Stadtteilschule wird.

So ist das Problem, dass es erhebliche soziale Disparitäten zwischen den Stadtteilen gibt und die Unterschiede in den sozialen Lagen zwischen den Schulen immens sind, inzwischen bei der Politik „angekommen“. Im Schuljahr 2013/2014 werden flächendeckend alle Stadtteilschulen Ganztagschulen sein. Dies ist ein wichtiger Schritt, der allerdings verbunden ist mit schwierigen äußeren Rahmenbedingungen: Viele Stadtteilschulen haben zwei und mehr Standorte und viele Stadtteilschulen stehen vor erheblichen räumlichen Engpässen. Die Bau- und Sanierungsbedarfe sind anerkannt, aber in den letzten Jahren nicht in Angriff genommen oder nicht in dem erforderlichen Tempo vorangetrieben worden. Die Lösung der Raum- und Baufragen ist für die Stadtteilschulen existentiell.

Nach wie vor wird auch der Frage der Steuerung von Schülerströmen eine zu geringe Bedeutung zugemessen. So bleibt die Inklusion eine Herausforderung für die Stadtteilschulen allein und verstärkt die Ungleichgewichte erheblich. Es gibt Stadtteilschulen mit Anteilen von Förderkindern von 2%, andere erreichen Spitzenwerte von bis zu 30%, insbesondere die Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen.

Beim Herbststempfang der Schulleiter/innen der Stadtteilschulen hat Norbert Maritzen, Leiter des Instituts für Bildungsmonitoring, eine datengestützte Analyse vorgelegt, die die sozialen Disparitäten der Schulen und die damit verbundenen Probleme der Stadt deutlich beschreibt. Wenig später, im Dezember 2012, haben die Schulleiter/innen der Schulen im Süden der Stadt einen „Brandbrief“ mit dem Titel „Bildungsnotstand – die Schulleitungen der Elbinseln warnen vor Deichbruch“ verfasst, der eine Bildungsoffensive für die Elbinseln (und damit für die sozialen Brennpunkte in der Stadt) einfordert.

Senator Rabe hatte bereits zu Beginn des Schuljahres Arbeitsgruppen für die „Starkstellung“ der Stadtteilschulen einrichten lassen. In diesen Arbeitsgruppen sind Schulleitungen der Stadtteilschulen eingebunden. Der Zeitplan für diese Arbeitsgruppen ist ambitioniert: Schon im Frühjahr 2013 sollen erste Ergebnisse, im Herbst soll dann das Gesamtkonzept vorgelegt werden.

Der Landesverband Hamburg wird im Februar eine Veranstaltung zum Thema *Schul(um)bau – Pädagogische Architektur* in Kooperation mit der Behörde für Schule und Berufsbildung durchführen. Hierfür haben wir den Vorstand der renommierten Montag-Stiftung, Dr. Karl-Heinz Imhäuser, gewinnen können. Die Veranstaltung soll die Schulen anregen und bestärken, ihre pädagogischen Vorstellungen und die daraus folgenden spezifischen Bedarfe in die längst überfällige Bauplanung der Stadtteilschulen einzubringen.

BARBARA RIEKMANN

NIEDERSACHSEN

Nach der Landtagswahl: Gesamtschulen im Aufwind

Den Wechsel der Landesregierung in Hannover von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün begleitet die GGG Niedersachsen mit großen Hoffnungen für die Gesamtschulen. Jetzt sollte sehr schnell Schluss sein mit den schulgesetzlichen Diskriminierungen für unsere Schulform.

2003 hatte die damals neugewählte CDU/FDP-Regierung begonnen, die Gesamtschulen systematisch zu behindern. In einem ersten Referentenentwurf für ein neues Schulgesetz kamen die Gesamtschulen bei der Aufzählung der Schulformen überhaupt nicht mehr vor. Sie sollten nur noch als „pädagogische Sonderformen“ existieren.

Die GGG reagierte mit einer großen Anzeigenkampagne: *Hände weg von den Gesamtschulen*. Diese Aktion und weitere schulrechtliche Bedenken führten dazu, dass im nächsten Entwurf die Gesamtschulen als reguläre Schulform wieder aufgenommen wurden, nun aber ein Gründungsverbot für neue Gesamtschulen dekretiert wurde. In den untergesetzlichen Regelungen wurden die Klassenfrequenz auf 30 erhöht, die Zusatzbedarfe für das Fach AWT und den Schwimmunterricht gestrichen und der Ganztagszuschlag gekürzt. Durch die gute pädagogische Arbeit vor Ort stiegen die Anmeldezahlen für die Gesamtschulen kontinuierlich und die GGG sorgte für ihre öffentliche Verbreitung. Immer wieder wurde nach den Anmelderunden von den großen Tageszeitungen auf die fehlenden Gesamtschulplätze hingewiesen, sehr zum Ärger des Kultusministers.

2007 vor der nächsten Landtagswahl verkündete Ministerpräsident Christian Wulff dann, dass er sich durchaus neue Gesamtschulen vorstellen könne. Wer nun gedacht hatte, dass sich nach dem Sieg bei der Landtagswahl die Landesregierung zügig an die Änderung des Schulgesetzes machen würde, sah sich getäuscht. Es dauerte dann so lange, dass erst ab 2009 wieder neue Gesamt-

schulen gegründet werden konnten. Für die Neugründungen wurden den Schulträgern allerdings hohe Hürden – Fünfzügigkeit prognostiziert auf 10 Jahre – auferlegt. Zudem mussten die Schulträger ein vollständiges dreigliedriges Schulsystem vorhalten. Außerdem durften sich die neuen Gesamtschulen nicht gemäß ihrem pädagogischen Konzept als gebundene Ganztagschulen gründen. Sie wurden nur als offene Ganztagschulen zugelassen mit einer absolut minimalen Lehrerstundenausstattung. Trotz dieser Einschränkungen kämpften die Gesamtschulen weiter, 2009, 2010, 2011 und 2012 wurden über 40 neue Gesamtschulen gegründet.

Nach den Aussagen im Wahlkampf muss es jetzt zu einem grundsätzlichen Wechsel in der Politik gegenüber den Gesamtschulen kommen. Die neuen Gesamtschulen müssen gebundene Ganztagschulen mit einer vollständigen Lehrerstundenausstattung werden. Bei der Gründung muss in der Regel die Vierzügigkeit zugrunde gelegt werden, aber auch dreizügige Gesamtschulen in Regionen mit einem sehr starken Schülerrückgang müssen möglich sein. Das Abitur nach 13 Jahren kann mit wenigen schulrechtlichen Veränderungen wieder für die Gesamtschulen gelten. Für die koordinierende und unterstützende Arbeit der über 100 Gesamtschulen mit großen Kollegen und Schülerzahlen ist ein eigenes Gesamtschuldezernat in der Landesschulbehörde und ein eigenes Gesamtschulreferat im Kultusministerium erforderlich. Damit die Schulträger vor Ort ihr Schulangebot nach dem Elternwillen gestalten können, ist auf einen schulgesetzlichen Bestandschutz für alle Schulformen zu verzichten. Wichtig ist auch die Senkung der Klassenfrequenzobergrenze. Die bestehenden Regelungen führen momentan dazu, dass die Gesamtschulen mit die höchsten Klassenfrequenzen haben.

Wie man sieht, gibt es für die neue Landesregierung viel zu tun. Die GGG wird die Politik unterstützend und – wenn nötig – kritisch begleiten.

GERD HILDEBRANDT

SAARLAND

Seit nunmehr einem halben Jahr sind die saarländischen Gesamtschulen auch Gemeinschaftsschulen. Durch diese neue Bezeichnung hat sich in den Schulen wenig geändert. Doch auf längere Sicht wird sich die Gemeinschaftsschule darauf besinnen, dass sie die bessere Alternative zum Gymnasium werden und die Inklusion realisieren muss. Vor allem den ehemaligen Erweiterten Realschulen muss bewusst werden, dass sie mit dem Abitur nach 9 Jahren sogar einen Vorteil gegenüber dem G 8 bei der Schulwahl ins Feld führen können.

Das vorrangige Ziel der Arbeit des zurückliegenden Halbjahres war es, den engagierten Protagonisten Anregungen zu geben und Unterstützung anzubieten.

Zu Beginn des Schuljahres wurde die Broschüre *Selbst-ständig lernen* allen Gemeinschaftsschulen zugeschickt.

Um die Änderungen und den damit verbundenen Chancen bewusst zu machen, hat die GGG Saarland gemeinsam mit der GEW Saarland Klaus-Jürgen Tillmann zu Vortrag und Diskussion eingeladen. Die Veranstaltung kam leider nicht zustande. Der Vortrag wurde veröffentlicht und fand über das Saarland hinaus deshalb viel Beachtung, weil der Autor einen Blick auf die gesamte historische Entwicklung im Bund wirft, am saarländischen Beispiel die spezifischen Entwicklungen einordnet und die Perspektiven einschätzt. Wir sagen auf diesem Weg Klaus-Jürgen Tillmann nochmals herzlichen Dank.

In dieser Reihe der Veranstaltungen folgte ein Vortrag von Botho Priebe:

„Unterwegs zum gemeinsamen Lernen in der Gemeinschaftsschule – was die neue Lehrerbildung dazu leisten muss“, der demnächst in den Druck gehen wird. Die PTT-Präsentation ist wie die des Tillmann -Aufsatzes auf der Homepage der GGG Saarland abzurufen.

Schon am 17.01.2013 hat Ulrich Steffens die Frage „Was wirkt wirklich?“ zu beantworten versucht und „Konsequenzen aus der Hattie-Studie für den Unterrichtsalltag

und die Schulentwicklung“ angeboten. Kooperationspartner war die GGG Saarland bei der Veranstaltung der Stiftung Demokratie Saar: Forum Schulentwicklung – Anstöße und Aufbrüche, Referent/innen: Walter Bald, Leiter der Erich Kästner Schule (Gesamtschule) Bochum, Preisträger des Deutschen Schulpreises 2012. Anke Bachmann, Leiterin, und Dr. Bettina Labahn, Koordinatorin der Evangelischen Schule Neuruppin (Gymnasium), Hauptpreisträger des Deutschen Schulpreises 2012. Weitere Veranstaltungen, meist in Kooperation mit der GEW, der Landeselterninitiative, der Arbeitskammer und weiteren Partnern sind geplant.

Die GGG Saarland hat viel Expertise ins Land geholt. Andererseits bietet sie auch ihre Erfahrung und Kompetenz für die Weiterentwicklung im Saarland an. Ein Beispiel dafür sind Vortrag und Diskussion zu Gemeinschaftsschule, SOL, Inklusion und Ganztagschule in Sulzbach, die auf Einladung des DGB Sulzbach von GGG-Vorstandsmitgliedern bestritten wurden.

Ein wichtiges Arbeitsfeld ist die Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Viele Impulse gehen von der GGG Saarland aus. Insbesondere in der Stellungnahme zur Ganztagschulverordnung wird deutlich gemacht, dass die rechtlichen Voraussetzungen und die Formen der Kooperation noch geschaffen und gelebt werden müssen. Diese Bemühungen wie auch die regelmäßig durchgeführten Seminare für Jugendliche, die sie für das Schulleben besonders engagieren, stehen unter dem Anspruch, die Partizipation von Schüler/innen, Sozialpädagog/innen, Lehrer/innen und Eltern zu etablieren.

Trotz allen fruchtbaren Engagements muss der Vorstand Antwort auf den weiteren Schwund von Mitgliedern, was nicht nur dem Austritt des ehemaligen grünen Bildungsministers und seiner Lebensgefährtin geschuldet ist, sowie der Überalterung insbesondere des Vorstands finden. Dieses Thema wird uns auf der nächsten Klausurtagung intensiv beschäftigen.

KLAUS WINKEL



ELTERN-SEITE

Klopstock und Hölderlin – Die Elternglosse

Erna Klopstock, leidenschaftlich pragmatische und erfahrene Mutter zweier schulpflichtiger Kinder, und Julia Hölderlin, gerade Mutter geworden, der das alles noch bevorsteht, sind Nachbarinnen und treffen sich öfter auch mal zufällig. So wie heute in der Straßenbahn.

Julia: Hallo, Erna. Du in der Straßenbahn, wie geht das denn?

Erna: Muss das Auto holen, war in der Inspektion, die brauchten einen Tag länger, wird wohl auch teurer und Rüdiger konnte nicht.

Julia: Ist er schon wieder dienstlich unterwegs?

Erna: Nee, er ist gerade in der Schule.

Julia: Rüdiger in der Schule? Da muss ja eine Katastrophe passiert sein.

Erna: Na ja, ganz so schlimm ist es nicht, obwohl er sich heftig aufgeregt hat. Also, es gab ja Halbjahreszeugnisse ...

Julia: O je, ich ahne Schlimmes, wegen Jan, oder? Ist er wieder versetzungsgefährdet?

Erna: Ja, nein, also schon wegen Jan, aber von der Versetzungsgefährdung ist er zum Glück weit weg. Aber wegen dem Zeugnis ist es schon.

Julia: Das versteh ich jetzt noch nicht so ganz ...

Erna: Lass mich halt erzählen. Die kriegen ja auch ein Berichtszeugnis und das Klassenlehrerteam hat wohl beschlossen, an den Tischgruppen jedem Kind sein Zeugnis vorzulesen und es mit ihm zu besprechen.

Julia: Wie? So, dass alle das mithören können?

Erna: Keine Ahnung, wahrscheinlich ja. Und Jan war total enttäuscht, was sie ihm da so alles vorgelesen haben und wohl auch ziemlich sauer. Und dann, na ja, du kennst ihn ja, wird er stur, sagt kein Wort mehr, guckt dich einfach nur an.

Julia: Ja. Und dann?

Erna: Die Lehrer wollten ein Feedback von ihm, und er hat nur gegrinst.

Julia: Ich seh ihn richtig vor mir, und dann?

Erna: Du kennst doch die Lehrer, lassen nicht locker. Das sei sein Feedback, hat Jan dann gesagt.

Julia: Was?

Erna: Na, dass er grinst. Aber die Lehrer hätten gemeint, das sei ihnen nicht genug. Dann hat Jan halt das Zeugnis genommen, hats zerknüllt und sich als Papierkugel unter den Pullover gesteckt. Die Lehrer waren sauer und schleppten ihn mit

zum Schulleiter, der war aber gerade im Gespräch. Also musste Jan mit ins Lehrerzimmer. Die Papierkugel steckte noch immer in seinem Pullover und dann, sagt Jan, wollten die anwesenden Lehrer ihn dazu bewegen, die Kugel freizugeben.

Julia: Und?

Erna: Jan meinte, es sei ja wohl sein Zeugnis, und dass auch seine Eltern ein Recht hätten zu erfahren, was für einen Arsch sie als Sohn hätten. Na ja, die Situation eskalierte und selbst der Schulleiter war machtlos.

Julia: Man sollte sich halt nie auf Machtkämpfe mit Kindern einlassen.

Erna: Wo hast du denn die Weisheit her? Ja, weiß schon, aus deinem Familienbildungskurs. Stimmt aber im Übrigen.

Julia: Ja, selbst bei meiner Kleinen hab ich schon keine Chance mehr.

Erna: Keine Bange, das wird besser, wenn man mit ihnen reden kann.

Julia: Und, wie gings denn weiter?

Erna: Also, bevor Jan zu Hause war, hatten wir schon einen Anruf, dass sich das Zeugnis als Papierkugel in seinem Pullover befindet und wir es bitte glatt bügeln und unterschrieben zurückgeben mögen. Und wir sollten mal klären, warum Jan so wütend ist über seine individuelle Beurteilung.

Julia: Und warum ist Rüdiger jetzt in der Schule?

Erna: Also der war richtig sauer. Er meint, dass so ein Zeugnis über eine Person ja irgendwie auch der Person gehört und sie damit machen kann, was sie will. Als dann auch noch der Brief von der Schule kam, dass sie aus erzieherischen Gründen auf dem Bügeln bestehen, da hat er sich einen Termin geben lassen.

Julia: Rüdiger in der Schule, wenn das mal gut geht.

Erna: Ich werds gleich erfahren, sowie ich das Auto habe, hol ich ihn ab.

Julia: Ich drück die Daumen, dass euch das alles nicht so teuer zu stehen kommt. ♦

TERMINE

02.03.2013

GGG-Hessen – Gesamtschultag

05.03.2013

GGG-NRW – Landeskongress, Sekundarschule Kleve

06.03. bis 07.3.2013

GGG-NI in Kooperation mit dem ARPM – „Teamarbeit in der Schulleitung“, Region Braunschweig, Haus Hessenkopf Goslar

15. bis 16.03.2013

GGG-Bund – Bundesvorstand und Hauptausschuss, Göttingen

22. bis 24.04.2013

GGG-BE – Berliner Schulbesuchstage

24.04.2013

GGG-BE – Mitgliederversammlung, EV. Schule Berlin Zentrum

29.05. bis 01.06.2013

51. Tagung der BAG Englisch, Haus Villingst/Schwerte, Ruhr

14. bis 16.06.2013

GGG-Bund – Bundesvorstand, Göttingen

SAVE THE DATE!

22.11. bis 23.11.2013

GGG-Bund – Bundeskongress Laborschule Bielefeld

Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft:

Lindenaus Schule Hanau (Eintritt 24.04.1973)

Elternbeirat der Staudinger-Gesamtschule Freiburg (07.05.1973)

Otto Herz (27.04.1973)

Engelbert Coers (29.04.1973)

Hannelore Faulstich-Wieland (14.05.1973)

Jürgen Weßling (22.05.1973)

Albert Schimanski (28.05.1973)

Manfred Degen (31.05.1973)

Hartmut Holzapfel (31.05.1973)

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Alwin Schmalz (09.04.1938)

Erwin Jürgensen (12.05.1938)

KOMMENTAR



Mit Schwung in die Reform ... und bloß nicht wieder raus!

Ach, wie war es einst so schön, als alle noch den Fortschritt wollten ...

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren sich nach dem Sputnik-Schock und Pichts „Bildungskatastrophe“ alle einig, dass im Bildungswesen bundesweit etwas passieren müsse. In den sozialdemokratisch regierten Bundesländern setzte man auf die Gesamtschule und setzte eine Bewegung in Gang, von der wir heute immer noch nicht wissen, wohin sie sich entwickelt. Warum?

Der Föderalismus verhindert in unserem Land nach wie vor einen Grundkonsens über die Schulstruktur. Alle vier oder fünf Jahre gibt es in den Bundesländern Schulgesetznovellen, die je nach Wahlausgang die Reform zu einem inklusiven System fördern oder verhindern. Auf die ewig gestrigen Verfechter des mehrgliedrigen exklusiven Systems sei hier nicht eingegangen, vielmehr auf die Probleme der Reformwilligen, dargestellt am Beispiel Bremens.

Das Schulgesetz von 1975 definierte als Ziel die schrittweise Entwicklung zu einem integrativen Gesamtsystem, der Stufenschule – richtungweisend in der damaligen BRD. Leider wurde eine konsequente Umsetzung durch eine nachträglich gewährte Bestandsgarantie für drei Gymnasien aufgeweicht („Sonst kommen keine Führungskräfte nach Bremen“). Als angeblich ebenso richtungweisend wurde die Schulgesetznovelle der

Ampelkoalition in den späten achtziger Jahren angepriesen, die freie Schulanwahl garantierte, damit den Bildungstourismus zu den Innenstadt-Gymnasien richtig in Schwung brachte und in den anderen Bezirken die Segregation in den Gesamt- und Stadtteilschulen zur Folge hatte. In der nachfolgenden großen rot-schwarzen Koalition galt das Motto: „Gibst du mir eine Gesamtschule – dann gebe ich dir ein Gymnasium“, bis dann endlich zu Beginn des neuen Jahrtausends eine rot-grüne Mehrheit (seit 2011 sogar als „Große Koalition“) eine grundlegende Reform hätte angehen können. Das ist sie zum Teil auch: Die flächendeckend eingeführte Oberschule, an der alle Abschlüsse möglich sind, ist eine inklusiv arbeitende Gesamtschule. Der Pferdefuß ist allerdings, dass daneben Gymnasien existieren und den Kindern am Ende der Grundschulzeit ein Attest ausgestellt wird, ob sie dafür geeignet sind. Ein von fast allen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien vereinbarter Konsens stabilisiert dieses System für zehn Jahre. Der Anteil der Übergänger zur inklusiven Oberschule wird von Jahr zu Jahr kleiner. Hierzu kommt ein weiteres Problem: Eine Ganztagschule, die für alle Schüler/innen da ist, erfordert eine personelle und materielle Ausstattung, die über die herkömmlichen Vorstellungen von Schulfinanzierung hinausgeht. Der Lebensraum für Kinder und Jugendliche mit individuell fördernden Angeboten lässt sich nicht (nur) in Quadratmetern Grundfläche, Kubikmetern Atemluft und Personalkosten-

anteil festlegen, wie es in der preußischen Standesschule üblich war. Eine angemessene Finanzplanung, die den Reformwillen der Politik, die Bedürfnisse der Schüler/innen berücksichtigt, aber auch dem arbeitenden Personal gerecht wird, ist vonnöten. Bei jedem Bauprojekt wird bei der Finanzplanung ein Erhöhungsfaktor („Unvorhergesehenes“) einkalkuliert oder nachbewilligt (Elbphilharmonie HH, Stuttgart 21 BW, Großflughafen BB, Spacepark HB ...). Im Bildungsbereich hingegen wird ständig auf Spar- und Streichzwingen sowie Geldmangel in den öffentlichen Kassen verwiesen, weil die Rettung der Banken Vorrang vor Rettung der Bildung hat.

Es hilft nichts, wenn sich rot-grüne oder grün-rote Koalitionen intern darüber streiten, wer für die Unterfinanzierung der Bildungsausgaben verantwortlich ist, die Rücktritte der Schulsenatorin in Bremen und der Kultusministerin in Baden-Württemberg helfen da wenig. Sie machen aber deutlich, dass die Regierungen und die sie tragenden Parteien für die Unterfinanzierung verantwortlich sind. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss schleunigst aufgehoben werden, damit auch durch Bundesmittel Reformvorhaben realisiert werden können. Jeder Euro aus der Bundeskasse für die Bildung ist ein Beitrag für den Aufbau und den Unterhalt einer wahren inklusiven „Bildungsrepublik“.

WOLFGANG VOGEL